

# AntifaZ

Antifaschistische Zeitung



NS-PROZESS  
IN MÜNSTER

WER TRIEB  
ZUM POGROM ?

ABSCHIEBUNGEN  
GESTOPPT

HEFT 34 MÄRZ/APRIL

6. JAHRGANG

DM 2,00

## In diesem Heft:

Einleitung	S. 3
Wer trieb zum Pogrom ?	S. 4
Abschiebungen in Recklinghausen gestoppt	S. 6
Dortmund: Prozeß gegen Antifaschisten	S. 8
GENormte Menschheit, Teil II	S.12
NS-Prozeß in Münster	S.19
Kurdistan und die Kurden, Teil IV	S.23
Debatte: Ergebnisse der Redaktionskonferenz der AntifaZ	S.28
Debatte: 2 Vorstellungen von Flüchtlingspolitik	S.30
DVU und die "Deutsche National Zeitung"	S.33
Antifa-Aktionswochenende in Leipzig	S.36

## Verkaufsstellen:

## Dortmund

- Geschichtswerkstatt
- Atom-Stop-Büro
- Checoolala
- Cafe Samowar
- Taranta Babu Buchladen
- Litfaß-Buchladen
- Erpel

## Herne

- Sonne
- Kornmühle
- Informationszentrum 3. Welt

## Recklinghausen

- Attatroll-Buchladen
- Sonnenblume-Naturkostladen
- Drübelken
- Grünes Büro

## Bochum

- "Notstand" im Uni-Antiquariat

## ANZEIGE

## Straßencafé



Tel. 0231/104916 · So.-Fr. 10-22 Uhr · Neuer Graben 101 (Kreuzviertel) · 4800 Dortmund 1

## Münster

- Cafe Malik
- Cafe Prütt
- Frauenstr. 24
- Litfaß

## Marl

- Bücherladen

## Herten

- Büchereule

## Duisburg

- Buchhandlung "Weltbühne"

## Marburg

- Buchladen "Roter Stern"

## Gladbeck

- Annes Naturkostladen

# EINLEITUNG

"Wer trieb zum Pogrom" ist unser Leitartikel überschrieben, der auf die Hintermänner des Pogroms in **Hoyerswerda** eingeht.

Unterstützung der **Flüchtlinge** und **AsylbewerberInnen** und Kampf gegen die neuen Faschisten wird zunehmend mehr zu einer Einheit. Am **21. März** wollen Faschisten in **Leipzig** unter dem Deckmantel einer "Anti-Drogen-Demonstration" aufmarschieren, erklärtes Ziel dabei, auch Leipzig bald "ausländerfrei" zu machen.

Neofaschisten und schwarze Reaktionäre arbeiten dabei Hand in Hand - CSU-Kreise rufen ebenfalls seit Wochen zum Kampf gegen "Drogenhändler", gemeint sind AusländerInnen, auf. Parallel dazu versuchen die sogenannten "Volksparteien" gemeinsam, endlich den Artikel 16 des Grundgesetzes zu Fall zu bringen, wobei die Durchsetzung von **Abschiebungen** auf die Tagesordnung gesetzt ist.

In **Recklinghausen** konnte die Abschiebung einer albanischen Flüchtlingsfamilie (vorläufig) verhindert werden, worüber wir berichten.

Auch ein Artikel der Rubrik "**Debatte**" beschäftigt sich mit Problemen der Solidarität mit Flüchtlingen.

Der Bericht "**Kurdistan und die Kurden**" liegt mit dem 4. Teil über **Syrien-Kurdistan** und **Iran-Kurdistan** vor.

Ausführlich auf den **Maikowskis-Prozeß** in Münster geht ein Bericht von **Wini Nachtwei** ein, Abgeordneter der GAL/Grünen im Münsteraner Stadtrat.

Ein weiterer Prozeßbericht über den **Prozeß gegen Antifaschisten in Dortmund** liegt vor.

Ebenfalls aus Dortmund vom dortigen **Anti Atom Büro** kommt der 2. Teil des Artikels über **GENormte Menschheit**.

Ansonsten Ankündigungen, Hinweise, und, nicht zuletzt, ein Bericht über die **Redaktionskonferenz der AntifaZ**, auf der wir ausführlich über eine mögliche Neuorientierung unserer Zeitschrift diskutiert haben.

Das wärs fürs erste, man sieht sich vielleicht in **Leipzig**,

mit herzlichen Grüßen,

Eure

**AntifaZ-Redaktion**

## WER TRIEB ZUM POGROM ? Eine Dokumentation

Wenn wir in der Presse die Einschätzungen des Bundesparlaments lesen, es gäbe keine Erkenntnisse über die Schlüsselrolle faschistischer Organisationen bei der Welle rassistischer Gewalt, so ist das eine Lüge. Auch der Polizei müßten die uns bekannten Tatsachen geläufig sein. Ein Beispiel dafür ist das Pogrom in Hoyerswerda, das von organisierten Nazis geführt und angeheizt worden ist - "rechtslastige" Jugendliche und Bürger haben mitgemacht.

Im Mittelpunkt stehen die Wahl- und Sammelorganisationen der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF), die "Deutsche Alternative" (DA), die "Nationale Liste" aus Hamburg und die "Sächsische Nationale Liste". Die GdNF, besser bekannt als Kühnen-FAP, ist die Kaderorganisation, die hinter diesen Parteien steht und nach dem Vorbild der NSDAP in Bereichen, Gauen, Kameradschaften und Stützpunkten organisiert ist. Sie ist der Kern der offen auftretenden Nationalsozialisten und rekrutiert aus der Anhängerschaft der oben genannten Gruppen neue Kader für den Aufbau einer neuen NSDAP. Die GdNF betreibt Wehrsportübungen, verfügt über umfangreiche internationale Kontakte, und ihre Kader sind in der illegal arbeitenden NSDAP/AO organisiert.

In Hoyerswerda gibt es eine Kerngruppe um **Manfred Gnecko** von rd. 20 organisierten Nazis, die sich "Neue Deutsche Ordnung" nennen. Ein Teil von ihnen saß in der alten DDR u.a. wg. "Rowdytum" im Knast und unterhält Beziehungen zur "Deutschen Alternative" (DA) und der "Sächsischen Nationalen Liste" aus Dresden. So waren es auch die **Cottbusser** Nazis um **Frank Hübner**, **Rene Koswig** und der brandenburgische DA-Vorsitzende **Karsten Wolter**, die führend an den Angriffen auf das Flüchtlingsheim beteiligt waren. Sie verließen jedoch den Schauplatz des Geschehens, als ein Konvoi von AntifaschistInnen am 22. September zum Schutz der Flüchtlinge aus Berlin anreiste. Auch gelang es ihnen, Festnahmen durch die Polizei zu entkommen. Dagegen hatte der **Gubener** Nazi-Anführer **Jörg Rene Melzer** nicht rechtzeitig den Schauplatz verlassen und wurde von Antifas erkannt und verwarnt.

Neben den Cottbussern und Gubenern waren Faschisten aus der "Hauptstadt der Bewegung" Dresden ins nahegelegene Hoyerswerda angereist und am Pogrom beteiligt. Unter ihnen war der Zögling Rainer Sonntags **Mike Hönzke** und der Anführer der "Kameradschaft Gorbitz", **Lutz Kronenberger**. Auch der "Chef" der "Sächsischen Nationalen Liste", **Helmar Braun**, war anwesend.

Auch organisatorisch hatte sich dieses Pogrom und die staatliche Hilfe durch die Deportation der Flüchtlinge aus der Stadt für die DA gelohnt. Die DA entwickelt sich zur mitgliederstärksten Partei der offen auftretenden Nationalsozialisten.

Am 16.11.1991 fand der sächsische Parteitag in der "ersten ausländerfreien Stadt" Hoyerswerda statt. Den Vorsitz der **DA Sachsen** übernahm der gebürtige Hoyerswerdaer **Roman Danneberg**, der zuvor für die Bundestagsliste der bayrischen NPD kandidiert hatte. Außerdem soll er nach Angaben von DAlern der Beauftragte der NPD für "Mitteldeutschland" gewesen sein. Auch die gesamte Führung der brandenburgischen NPD um **Michael Spiegler** aus **Fürstenwalde** ist zur DA übergetreten.

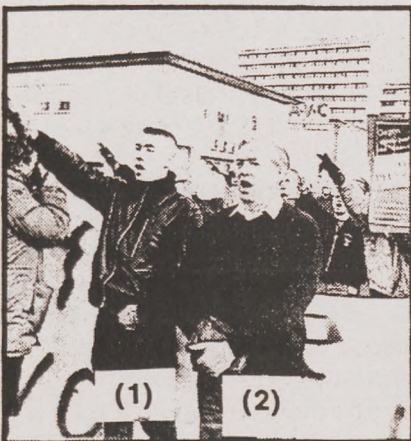
Nach internen Parteiquerelen wurde am 19.10.1991 in Cottbus zum erstenmal ein DA-Bundesvorstand gewählt, der aus Nazis der neuen Bundesländer zusammengesetzt ist.

**Frank Hübner**, der seine "Kaderschulung" bei der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" in **Wiesbaden** (Hessen) erhalten hatte, ließ sich zum neuen Bundesvorsitzenden künden. Nachdem er 1984 als politischer Häftling von der BRD freigekauft wurde, gelangte er über die "Deutsche Volks Union" zur **FAP Hessen** des Kühnen-Vertrauten **Heinz Reisz**. Frank Hübner war seit An-

fang 1990 im Aufbau der DA in der damaligen DDR führend beteiligt und nahm an den ersten Koordinierungstreffen im Februar in **Fechenheim** bei Frankfurt/Main unter Leitung Michael Kühnens teil. Der gelernte Baumaschinenführer zog in seine Heimatstadt Cottbus zurück und organisierte von nun an die Nazi-Szene vor Ort.

**Rene Koswig**, der wie **Karsten Wolter** schon vor 1989 zu den faschistischen Kadern der DDR zählte, wurde zum stellvertretenden DA-Vorsitzenden gemacht. Auf dem Parteitag sprach **Horst Winfried Arnulf Priem** (DA-Ehrenvorsitzender Nr. 17) vom "**Hauptschulungsamt Wotans Volk**" aus Berlin-West, der mit **Gottfried Küssel** und **Christian Worch** zur Führungsgruppe der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" gehört. Seine Freundin **Claudia Knauthe**, die zusammen mit ihm in der Osloer Straße 15 wohnt, ist die "**Gauleiterin der Deutschen Frauenfront**" Berlin. Auch Heinz Reisz von der Hessen-FAP, die sich seit einem Jahr "**Deutsches Hessen**" nennt, hielt eine wütende Ansprache, bei der er die anwesenden Journalisten bedrohte. Zur Unterstreichung der Drohung drehten sich die anwesenden Nazis in Richtung der Reporter und streckten den Arm zum "Hitler-Gruß" und riefen "Sieg Heil".

Nach Angaben Bernd Wagners vom "Gemeinsamen Landes Kriminalamt" für die neuen Bundesländer fand bereits Mitte des Jahres ein Treffen mit dem Mitglied der Führungsgruppe, Christian Worch, statt. Die Teilnehmer waren sich einig, daß verstärkt Aktionen gegen Ausländer durchzuführen seien.



Die Arme zum abgewandelten Hitler-Gruß gestreckt: Funktionäre der FAP.

**NORBERT**

**WEIDNER AUS BONN (1), FRIEDHELM BUSSE (2)**

Vergleichen wir die Orte und Regionen der BRD, in denen die rassistische und faschistische Gewalt in den letzten Monaten eskaliert ist, mit den Regionen faschistischer Organisation, so wird der Zusammenhang deutlich: Schwerpunkte sind **Sachsen** mit dem Zentrum **Leipzig** und **Dresden** als traurige Spitzenreiter. In Dresden organisiert die "Sächsische Nationale Liste", die unter Anleitung von Christian Küssel Anfang September 1991 gegründet worden ist, die Szene sowie DA und "Wiking-Jugend" und zahlreiche Wehrsportgruppen. In Leipzig sind die FAP des **Friedhelm Busse** und ihre Kader **Ricardo Sturm** und **Dirk Zimmermann** aktiv.

Ein weiteres Zentrum ist **Brandenburg** mit den Schwerpunkten **Schwedt**, **Cottbus**, **Guben** und **Eisenhüttenstadt** ebenfalls identisch mit den Orten faschistischer Organisation.

Die Orte des westdeutschen "Spitzenreiters" **Nordrhein-Westfalen**, in denen der Terror wütete, decken sich ebenfalls mit den Orten faschistischer Organisation. Hier sind vor allem die FAP, die GdNF und die "**Nationalistische Front**" (NF) zu nennen. Zu erwähnen seien hier die Ruhrgebietsstädte **Essen**, **Duisburg** sowie **Münster** und **Bonn** (FAP und GdNF). Der Brandstifter von **Hünxe**, **Jens Gehling**, verklebte Zettel der FAP, und, und, und...

In **Baden Württemberg** gehören der **Bodenseeraum** (Wehrsportgruppen) und **Freiburg** zu den "Spitzenreitern", in **Thüringen** die Städte, in denen die NPD besonders aktiv ist, in **Hamburg** die "**Nationale Liste**" und **Berlin**, wo alle Gruppen rekrutieren und über ein großes Umfeld verfügen, und in **Sachsen-Anhalt Magdeburg**, wo die FAP kräftig rekrutiert. Eine vollständige Aufschlüsselung können wir hier nicht leisten, deshalb sollen diese Hinweise erst einmal genügen.

Es liegt an aktiven und bewußten AntifaschistInnen, sich gegen faschistische Organisation, die menschenverachtende Gewalt nach sich zieht, zu wehren und die Aufbauarbeit der Nazi-Kader zu stören. Heute ist die Gewalt in den Regionen am ungehemmtesten, wo sich die Nazis ungestört und ohne Gegenwehr der antifaschistischen Selbsthilfe organisieren konnten.

Schaut nicht länger weg - Wehrt Euch - Greift ein!

Glaubt nicht den Lügen der Medien und des Staatsapparats!

( Aus: **Antifaschistisches Infoblatt**,

Nr. 16)

# ABSCHIEBUNGEN IN RECKLINGHAUSEN

## VORLÄUFIG GESTOPPT

In der letzten AntifaZ berichteten wir über den Kampf gegen die drohende Abschiebung von Flüchtlingen, Romas und Albanern, in Recklinghausen. Heute können wir Erfreuliches verkünden: Die albanische Flüchtlingsfamilie Jusufi darf - vorläufig - bis zum 24. Juli in Recklinghausen bleiben.

Ende Januar hatte sich die Situation für Familie Jusufi und für die eine der von Abschiebung bedrohten Romafrauen in Recklinghausen bedrohlich verschärft: Die bis zum 23. Januar datierten "Grenzübertrittsbescheinigungen" waren abgelaufen und nicht verlängert worden.

Die zweite Romafrau war inzwischen im siebten Monat schwanger, allerdings wurde ihr erst durch eine schriftliche Bescheinigung ihres Arztes der vorübergehende Aufenthalt ermöglicht. Die unmittelbar von Abschiebung bedrohte Frau tauchte kurzzeitig bei Freunden unter.

Für Inis Jusufi, seine Frau und seine 2 kleinen Kinder war ein Untertauchen nicht denkbar - also blieb als letzter Ausweg nur der Schritt des **Kirchenasyls**.

Die Recklinghäuser ev. Kirchengemeinde Bruch hatte schon im Vorfeld die Bereitschaft signalisiert, die Familie aufzunehmen, so daß diese ein in jeder Hinsicht optimal vorbereitetes Quartier vorfanden.

Am Abend des 30. Januar findet die "Einquartierung" statt, beschleunigt durch Hinweise aus dem Ausländeramt, daß die Abschiebemaßnahme in kürzester Frist vorgenommen werden könne.

Zwar war durch Familie Jusufi schon am 24. Januar ein **Asylfolgeantrag** gestellt worden, der allerdings von den Herren im Ausländeramt als "glatte Unverschämtheit" bezeichnet wurde. Man war zuerst überhaupt nicht bereit, diesen entgegenzunehmen, erst nachdem der Antrag von der Rechtsanwältin per Telefax "auf den Weg gebracht" worden war, nahm man auch den mündlichen Antrag entgegen.

Gleichzeitig wurde aber angedeutet, der Antrag werde binnen kürzester Frist als "offensichtlich unbeachtlich" abgelehnt werden. Man sei zudem nicht bereit, die-

sen nach Zirndorf weiterzuleiten. Zwar existiert inzwischen ein Urteil des Obergerichtes Berlin, daß alle Folgeanträge, die auf den § 53 des Ausländergesetzes (welcher "Abschiebungshindernisse" wie Gefahr der Folter, Gefahr der Todesstrafe vorsieht) abheben, nach Zirndorf weiterzuleiten sind, für das Ausländeramt Recklinghausen war dies aber "ein Berliner Urteil, das für Recklinghausen nicht gilt".

Man war nach wie vor wild entschlossen abzuschicken - das klappte dann aber doch nicht, wie geplant!

Inzwischen war nämlich der "Fall" der Familie Jusufi durch eine sehr ausführliche und durchweg positive Berichterstattung in der Öffentlichkeit bekannt gemacht worden.

Eine Unterschriftensammlung erbrachte in wenigen Tagen über 300 Solidaritätsunterschriften, eine erste öffentliche Solidaritätsveranstaltung war zwar mit etwa 30 BesucherInnen am 31. Januar (allerdings auch sehr kurzfristig bekanntgemacht) noch etwas dürftig besucht, jedoch wurden hier weitere Aktionen geplant, die erfolgreich durchgeführt wurden:

Am 7. Januar findet auf dem Recklinghäuser Altstadtmarkt eine mit ca. 100 TeilnehmerInnen gut besuchte Protestkundgebung statt, zu der der **Antifaschistische Bund (AFB)**, die **Feministische Antifagruppe (antifa)** und der **Flüchtlingsrat** aufgerufen hatten. Im Anschluß daran besetzen um 17.00 Uhr, also im dicksten Berufsverkehr, ca. 30 AntifaschistInnen die Kreuzung "Viektor", eine der Verkehrsknotenpunkte, für ca. 10 Minuten, was den Verkehr umgehend zum Erliegen brachte.

Daß die Stimmung auf Seiten der Flücht-

lingsfamilie war, brachte dann auch die anschließende Berichterstattung der örtlichen Presse zum Ausdruck, die die Aktion als durchaus sinnvolles Mittel ansah, um noch mehr Aufmerksamkeit zu erwecken.



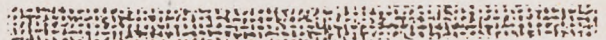
Hatte das Ausländeramt bis dato überhaupt nicht reagiert, so war es nun bereit, zumindest "inoffiziell" mit den Pfarrern der Kirchengemeinde Bruch Kontakt aufzunehmen. Hier wurde signalisiert, daß man den Asylfolgeantrag "in kürzester Frist" prüfen und "gegebenenfalls" nach Zirndorf weiterleiten wolle.

Am 5. Februar stellte der Antifaschisti-

sche Bund zudem einen Bürgerantrag an den Rat der Stadt Recklinghausen, der dann allerdings nicht auf der Tagesordnung der Ratssitzung am 17. Februar auftaucht, stattdessen auf die Sitzung des Sozialausschusses am 26. März verschoben wird. Dennoch wird die Sitzung des Rates durch eine Aktion des AFB auf das Schicksal der Jusufis aufmerksam gemacht: Mehrere AFB-Mitglieder demonstrieren mit schwarzen Kapuzen und "Sandwiches" gegen die drohenden Abschiebungen.

Am 20. Februar dann die vorläufige "Entwarnung": Familie Jusufi kann das Kirchenasyl verlassen und erhält eine bis zum 24. Juli geltende Aufenthaltsgestattung, der Asylfolgeantrag wird vom Ausländeramt nach Zirndorf weitergeleitet.

Ein erster Erfolg der Solidarität. Aber noch ist nichts entschieden, und es wird darauf ankommen, daß im Juli erneut breite Solidaritätsaktionen stattfinden, denn die Bereitschaft der Recklinghäuser Politiker und Behörden ist nach wie vor gering, Flüchtlingen dauerhaft Aufenthalt zu gestatten.



Neapel bleibt unser!



FÜR EIN DEUTSCHLAND  
IN DEN GRENZEN VON 1228

## ABONNIERT DIE ANTIFAZ

Die ANTIFAZ ist eine unabhängige Zeitschrift, von und für AntifaschistInnen. Sie erscheint sechsmal im Jahr. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Jahresabo .....24,- DM

Förderabo .....30,- DM

### Bestellung:

- durch Überweisung der Abogebühr auf das  
Konto Nr. 1 000 229 38  
BLZ 426 500 30  
Stadtsparkasse Recklinghausen

- durch schriftliche Bestellung bei  
Wolfgang Englisch  
Oerweg 28  
4350 Recklinghausen

Hiermit abonniere ich  
die Zeitschrift  
ANTIFAZ bis auf Wider-  
ruf.

Name: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

### Anzeigenpreisliste:

1/2 Seite .....80,-DM

1/3 Seite .....60,-DM

1/4 Seite .....50,-DM

Dortmund:

## Prozeß gegen Antifaschisten

Leser der Antifaz vom Beginn letzten Jahres werden sich noch daran erinnern: Damals schien der Prozeß gegen Dortmunder Antifaschisten, die für den Tod des NPD-Mannes Manfred Schmacke verantwortlich gemacht wurden, der am Abend der in Dortmund für die REP mit über 6 Prozent Stimmen günstig verlaufenen Kommunalwahl in NRW (01.10.1989) in eine hand- und fußfeste Auseinandersetzung mit Antifaschisten geraten und einen Monat später infolge seines 4. Herzinfarktes verstorben war, unmittelbar bevorzustehen. Und dann hat es dennoch mehr als 11 Monate gedauert, ehe es am 25.11.1991 zum ersten Verhandlungstermin vor dem Landgericht Dortmund unter Vorsitz des als liberal-konservativ geltenden Richters Werner Baumeister gekommen war.

### Der Prozeßverlauf

Angeklagt waren zwei Personen, von denen ursprünglich eher am Rande die Rede gewesen war, während der damals vier Wochen lang in Haft gehaltene Kenan G. zwar noch als erster Name auf der Anschlagtafel zu diesem Verfahren verzeichnet war, im Urteilspruch aber nicht einmal mehr erwähnt worden war. Vor Gericht standen dagegen ein anderer türkischer Staatsbürger kurdischer Nationalität namens Kemal A. und ein Deutscher, Detlev R. Zur Beweiswürdigung wurden mehr als 20 Zeugen vernommen, wobei auffiel, daß die als Zeugen benannten Faschisten (in die Auseinandersetzung waren außer Schmacke und seiner Freundin noch 2 Faschisten, darunter der Landesvorsitzende NRW und stellvertretende Bundesvorsitzende der FAP, Siegfried Borchardt, verwickelt) vor Gericht niemanden von den Angeklagten wiedererkannt haben bzw. haben wollen, die vor Ort damals anwesenden Polizeibeamten eher entlastende Aussagen machten, dagegen 2 angebliche Demonstranten oder selbsternannte "Notärzte" (sie waren dabei beobachtet worden, wie sie aus einem Fahrzeug des Roten Kreuzes geklettert waren) beide Angeklagten stark belasteten, der eine von ihnen (der Zeuge Holger Fritzsich) allerdings erst nach der Mittagspause des 3. Verhandlungstages, während er zuvor die Beschuldigten nicht wiedererkannt haben wollte, in der Mittagspause aber wohl von seinem mutmaßlichen Mitstreiter (dem Zeugen Hans-Peter Haak) "auf Vordermann gebracht" worden sein dürfte - beide "Demonstranten" hatten eine politische Haltung bekundet, die beim besten Willen nicht als antifaschistisch aus-

zulegen gewesen wäre, und ein Vokabular, das stark an den Jargon des Verfassungsschutzes - in Dortmund kursiert das Wort "Gestasi" für dergleichen Gelichter - erinnerte. Diese beiden Herren, die ob ihres besonderen Hanges, zur "Wahrheitsfindung" beizutragen, nicht nur im Kreuzverhör mit den Verteidigern auseinandergenommen, sondern selbst von dem Richter ermahnt worden waren, es doch bitte mit der Wahrheit etwas genauer zu nehmen, entpuppten sich in der Urteilsbegründung als die zur Verurteilung unverzichtbaren Kronzeugen der Anklage gegen Detlev R. Zur Beweiswürdigung waren zwar zwei Videofilme und Pressefotos von WAZ und Westfälischer Rundschau herangezogen worden. Da zumindest im Falle von Kemal A. weder das Bild- und Filmmaterial noch Zeugenaussagen von Arbeitskollegen, von denen niemand ihn als einen der Treter hatte identifizieren können, ausreichten, wurde zusätzlich zu den insgesamt drei medizinischen Gutachten (eines von Prof. Hoffmann vom Johannes-Hospital, in dem Schmacke drei Wochen lang behandelt worden war, ehe er den Herzinfarkt erlitt, an dem er eine Woche später starb; eines von Dr. Klante vom Institut für Rechtsmedizin der Universität Münster, eines von Dr. Lemke vom Bethanien-Krankenhaus in Hörde) auf Veranlassung des Gerichts - auf daß das Verfahren auch schön teuer werde - noch ein anthropologisches Gutachten (von Prof. Rainer Knußmann vom Institut für Humanbiologie der Universität Hamburg) erstellt.

Am 05.02.1992 schließlich kam es zum Urteilspruch: 2 Jahre Freiheitsstrafe auf Be-



währung für den in der Friedensbewegung aktiven 28jährigen Altenpflegeschüler Detlev R. wegen Körperverletzung mit Todesfolge und 1 Jahr Freiheitsstrafe auf Bewährung für den türkei-kurdischen Studenten Kemal A. wegen gefährlicher Körperverletzung. Als Bewährungsauflagen sollen beide 200 bzw. 100 Stunden gemeinnützige Arbeit leisten. Und natürlich müssen sie die Verfahrenskosten tragen, und die dürften recht happig sein.

### Die Urteils-"Begründung"

Bei Detlev R. sah es das Gericht als erwiesen an, daß er dem am Boden liegenden Manfred Schmacke, den das Gericht als alten Mann und schwächling (er war 56 Jahre alt und wog immerhin 93 kg) und daher als von vornherein wehrloses Opfer gekennzeichnet hat, mindestens einen Fußtritt versetzt und sich danach schleunigst vom Ort des Geschehens entfernt habe, so daß er auf dem Videofilm des Dortmunder Lokalfernsehens nur punktuell zu erkennen gewesen sei; das Gericht bewertete diesen Tritt als "feige und hinterhältig". Als Beweis für seine Täterschaft galt neben den "Bildindizien" (die laut Verteidigung mehr als nur die vom Gericht herangezogene Deutung erlauben) schließlich seine Aussage bei der Polizei, die ihn "in die Mangel genommen" hatte und zu Protokoll gegeben hatte, daß er "nicht bewußt getreten" habe. Während der Staatsanwalt (Oberstaatsanwalt Günter Rüter) dreieinhalb Jahre Haft gegen ihn beantragt hatte, hatte sein Anwalt (Peter Budde) auf eine Geldstrafe von bis zu 90 Tagessätzen oder auf Freiheitsstrafe von 3 Monaten auf Bewährung plädiert und damit eine Verurteilbarkeit seines Mandanten eingeräumt. Begründet hatte er das damit, daß das Gericht durch Hinweise des Vorsitzenden deutlich zu erkennen gegeben habe, daß es von einem Tritt von Detlev R. gegen Manfred Schmacke als Tatsache ausgeht, so daß die Verteidigung nur eine dahingehende Überzeugung des Gerichts für möglich halte. Nur für diesen Fall plädierte er auf einfache Körperverletzung und einfachen Landfriedensbruch. Diese "weiche Masche" hat sich jedoch nicht ausgezahlt.

Bei Kemal A. sei der Beweis für seine Täterschaft zwar nicht durch die Zeugen und Bild-dokumente nachgewiesen (der anthropologische Gutachter hatte lediglich von einer "wahrscheinlichen" Täterschaft gesprochen - Stufe drei in der Gutachtersprache, die davor noch die Stufen "mit an Sicherheit grenzen-

der Wahrscheinlichkeit" und "mit hoher Wahrscheinlichkeit" kennt), aber das Gericht "erkannte", daß laut Aussage des Leitenden Oberstaatsanwaltes Wolff (der aus Arnberg als Zeuge geladen worden war) dieser Beschuldigte durch seinen eigenen Rechtsanwalt (Michael Mörth) als mit dem gesuchten Täter identisch bezeichnet worden sei. Was steckt dahinter? In U-Haft genommen worden war zunächst Kenan G., der am Tage vor der Kommunalwahl einen Tisch der zur Wahl zugelassenen FAP umgestoßen hat und der von der Polizei ursprünglich beschuldigt wurde, den auf dem Boden liegenden Faschisten mit Tritten traktiert zu haben. Nachdem Kenan G. vier Wochen in Haft gesessen hatte, die den Charakter einer Beugehaft angenommen hatte, weil er den Namen einer "türkisch" aussehenden Person, deren Foto ihm gezeigt worden war, nicht nennen wollte (man war offensichtlich davon ausgegangen, daß zwei "Türken" am selben "Tatort" einander kennen müßten), hatte sich Kemal A. bei Rechtsanwalt Mörth gemeldet und sich selbst als mit der Person ähnlich erkannt, die auf einem Fahndungsfoto der Polizei zu sehen sei. Rechtsanwalt Mörth hatte sich daraufhin mit dem Staatsanwalt, der die Festnahme von Kenan G. veranlaßt hatte, in Verbindung gesetzt und diesen davon überzeugt, daß er Kenan G. auf freien Fuß setzen lassen müsse, da "Verdunkelungsgefahr" nicht (mehr) bestand und der Betreffende einen festen Wohnsitz und Arbeitsplatz hatte. Zugesagt worden war dem Anwalt damals, daß Kemal A. nicht seinerseits in U-Haft genommen werde, wenn er sich stelle. Als Anwalt von Kemal A. wurde aber vor Gericht nicht, wie es in der Lokalpresse hieß, Michael Mörth tätig (auf dessen Urlaubsplanung das Gericht - wie schon bei seiner Terminplanung vor einem Jahr - keine Rücksicht genommen hatte), sondern Rechtsanwalt Axel Nagler-Eulerling, der in seinem Schlußplädoyer angesichts der Beweislage für seinen Mandanten übrigens Freispruch gefordert hatte. Aber wie das nun mal so ist mit der "freien Beweiswürdigung" und den nicht inhaltlich protokollierten Zeugenaussagen bei der deutschen Rechtsprechung von heute ...

In der Urteilsbegründung war von zwei Pull-overmännern die Rede, die auf den am Boden liegenden Manfred Schmacke eingetreten haben sollen (dem Staatsanwalt zufolge seien sie regelrecht auf ihm herumgesprungen), einer habe einen blauen Pullover getragen und werde noch gesucht, der andere habe einen weißen Pullover mit blauen Streifen getragen und habe einen Bart gehabt, und das sei Ke-

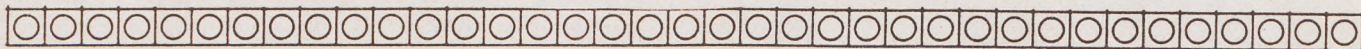
mal A. gewesen. Zwar sei der weißblaue Pull-over nirgendwo gefunden worden und Kemal A. habe auch keinen Bart (mehr) gehabt, sondern sei frisch rasiert gewesen, als er sich der Justiz stellte, aber beides spreche eher für ihn als einen Täter, der Mimikri betreibe.

Angesichts dieser "Beweiswürdigung" blieb als einziger "Rettungsanker" für das Gericht, um Kemal A. verurteilen zu können, die von Oberstaatsanwalt Wolff gewonnene Überzeugung, Kemals Verteidiger Mörth sei davon ausgegangen, daß sein Mandant der gesuchte Täter sei.

Michael Mörth, der sich in Urlaub befand, war nicht in den Zeugenstand berufen worden. Laut seiner dem Gericht vorgelegten schriftlichen Erklärung vom 27.11.91 hatte er am 14.11.89 nach telefonischer Absprache zusammen mit seinem Mandanten Staatsan-

walt Wolff aufgesucht. Hintergrund dafür sei die Veröffentlichung von Fotos einer Person, die im Zusammenhang mit dem Vorwurf der Anklage gesucht wurde und die Kemal A. ähnelte, in der Lokalpresse gewesen. In dem Gespräch habe er wohl darauf hingewiesen, daß Kemal A. wegen seiner Ähnlichkeit mit dem Gesuchten Behelligungen befürchte; in diesem Zusammenhang sei von dem weißen Pullover des Gesuchten die Rede gewesen. Angesichts der für die Staatsanwaltschaft unklaren Identifizierungslage (er hatte damals offenbar auch nur eine Ähnlichkeit entdeckt) seien im gegenseitigen Einverständnis Wohnung und Keller von Kemal A. durchsucht, ein solcher Pullover sei aber nicht gefunden worden.

Kemal A. hatte zu diesem Sachverhalt keine Angaben gemacht, was sein Recht als Angeklagter ist.



## Anzeige



*Ché Coolala*

# Ché Coolala

LIVE-MUSIK-PROGRAMM-KNEIPE • RESTAURANT • DISCO • BIERGARTEN

ab 20.00 Uhr geöffnet

Heyden-Rynsch-Straße 2 • 4600 Dortmund 1  
Tel.: 02 31 / 17 81 45 • Fax: 02 31 / 17 83 47

**GIB NAZIS  
KEINE  
CHANCE**

## Impressum

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch

Oerweg 28

4350 Recklinghausen

Tel.: 02361/26345

Redaktionsanschrift:

Antifa-Zentrum

Herner Str. 43

4350 Recklinghausen

Tel.: 02361/21686

Redaktionssitzung:

Donnerstag, 19.-21.00 Uhr

Bankverbindung:

Stadtparkasse Recklinghausen

BLZ 426 500 30

Kto.Nr.: 1 000 229 38

Auflage: 1000

Druck: Verlag "Neuer Weg"

Mitgewirkt haben:

Wolfgang E., Karsten Sch., Thorsten Th., Ingrid +  
Falko W., Thea A. Str., Wolfgang T., Christian K.,  
Klaus D., Angela + Wini N.

## Das Urteil

Den Urteilsspruch erlebten rund 40 Personen mit (mehr paßten nicht in den Zuschauer-raum, und wer hinein wollte, mußte zuvor seinen Personalausweis fotokopieren und sich selbst durchsuchen lassen, während draußen ein Mannschaftswagen der Polizei bereitstand), überwiegend Antifaschisten, deren Empörung angesichts des im Vergleich zur Forderung des Staatsanwaltes relativ milden

Urteils sich in Grenzen hielt.

Als alleiniges Rechtsmittel gegen das Urteil bleibt die (sich nur auf Rechtsfehler, nicht auf Tatsachenfeststellungen beziehende) Revision.

Während der zwei Jahre, in denen sich die Dortmunder Antifaschisten mit diesem Prozeß auseinandergesetzt hatten, war - unabhängig vom Verlauf dieses Prozesses - weitgehend darüber Einigkeit hergestellt worden, daß ein Handeln, das den Tod eines wehrlosen Menschen in Kauf nimmt, nicht zu rechtfertigen wäre. Auch ein Faschist kann von uns nicht so behandelt werden, daß dabei die Menschenwürde mit Füßen getreten wird. Andernfalls begäben auch wir uns auf ein Niveau, dem wir den Kampf angesagt haben.

Unbeschadet der moralischen Verurteilung des Eintretens auf eine am Boden liegende Person unter den Antifaschisten bedürfen die durch dieses Skandalurteil für schuldig Erklärten, die beide Revision beantragt haben (wie zuvor schon der Staatsanwalt gegen den "zugunsten" von Detlev R. gefällten Spruch), insbesondere beim Aufbringen der Prozeßkosten unserer Solidarität. Konto 36363-464 beim Postgiroamt Dortmund (BLZ 440.110.46), Kennwort "Rechtshilfefonds" Klaus Maschmann, Stichwort: 01.10.89.

Der Prozeßverlauf wurde von Anfang an verfolgt durch den Dortmunder Ermittlungsausschuß, der sich jeden ersten und dritten Dienstag im Monat um 18 Uhr im Infoladen Oesterholzstr. 88 trifft. Er ist telefonisch täglich außer am Wochenende erreichbar von 10 bis 17 Uhr unter Nr. 0231/827000.

Klaus Dillmann

### Einladung

zum 2. Vorbereitungstreffen der 15. Landesweiten Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen Juni 1992 in Köln

Wie gewohnt wird die Landesweite Konferenz in gemeinsamer Diskussion auf offenen Treffen vorbereitet. Zum zweiten Vorbereitungstreffen möchten wir Sie/ Euch nun einladen.

Samstag, den 21. März 1992, 11.00 Uhr  
Köln: Bürgerzentrum Ehrenfeld, Venloer Straße 429

\* \* \*

Vom 8. bis 10. Mai findet in Eindhoven (NL) ein internationales Treffen antifaschistischer Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen statt. Hier werden auch Delegationen aus Frankreich, Dänemark, Norwegen, Großbritannien, CSFR u.a. erwartet. Genaue Infos ab April bei VVN-BdA Aachen, K. Heiler, Tel. 0241/503429.

# GENormte Menschheit

## Wege und Auswirkungen moderner Bevölkerungspolitik im Alltag

### Teil II: Strahlen und Sterilisation

Strahlenwirkungen auf die Erbanlagen des Menschen sind und waren, wie die Geschichte der Großtechnologieentwicklung von Atom- und Genmanipulation zeigt, schon sehr früh als Begründungszusammenhang für eugenische Maßnahmen benutzt worden. (vgl. AntifaZ Nr. 33)

Niedrigstrahlung, von den BefürworterInnen der Atomtechnologie heutzutage offiziell als "harmlos" abgetan, war bereits 1933 von dem Begründer der "Rassehygiene", **Alfred Ploetz**, als ernsthaftes genetisches Problem erkannt worden und zur Grundlage für den Ausbau der traditionellen Erblehre, der "Rassehygiene" und "Rasseanthropologie" sowie der modernen Genforschung erhoben worden.

Die im Stillen gesammelten Erkenntnisse aus der Strahlungs- und Mutationsforschung flossen 1935 schließlich in die erweiterte Novelle des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses ein.

Die Notwendigkeit einer "einschneidenden Eugenik" wird auch fast 30 Jahre später auf einer internationalen Tagung der **Ciba-Foundation** (1) von den dort anwesenden Humangenetikern unter anderem mit der zunehmenden Mutationsrate durch ein Mehr an Radioaktivität begründet. Aber nicht die Atomtechnologie und andere schädigende Umwelteinflüsse der Großtechnologie werden zur Disposition gestellt, sondern der Mensch, der genetisch so gar nicht diesem technischen "Fortschritt" angepaßt ist.

Bestes Beispiel für die Umsetzung der Gedanken dieses Treffens sind heutzutage, wiederum 30 Jahre später, die genetischen Screenings an ArbeiterInnen in gesundheitsgefährdenden Produktionsprozessen. Mittlerweile hält man auch in Deutschland die Zeit wieder für reif, die auf dem Kongreß ausgeheckten Bevölkerungsstrategien unter Volk zu bringen: In 2., ergänzter, Auflage erschien 1988 die Dokumentation dieses Ciba-Symposiums in der Reihe Gentechnologie, Chancen und Risi-

ken, Band 16, mehr als zwanzig Jahre nach der deutschen Erstauflage von 1966. (2)

Seit Ende der 80er Jahre gibt es in der BRD auch wieder ein Gesetz, das die Sterilisation von bestimmten Bevölkerungsgruppen ermöglicht.

Die als "freiwillige Sterilisation" bezeichnete Unfruchtbarmachung betrifft in erster Linie Frauen bzw. Mädchen, die nicht selber ihrer Sterilisation zustimmen können, sondern durch Einwilligung eines gesetzlichen Vertreters der Operation unterzogen werden.

(Zwangs-)Sterilisation ist immer ein ergänzendes Instrument staatlicher Familienpolitik gewesen, das die Kehrseite geburtenfördernder Maßnahmen darstellt. Besonders deutlich wird das in den offen rassistisch-sexistischen Aufrufen rechter LebensschützerInnen zur Eindämmung der "Bevölkerungsflut" in den unterentwickelten Ländern des Trikont und bei dem Vergleich von Abtreibungen mit Massenmorden in deutschen Konzentrationslagern.

### Schöne neue Menschheit

London 1962. Auf dem Ciba-Symposium von 27 führenden Wissenschaftlern der Biologie/Genetik, Soziologie und Psychologie aus Großbritannien, USA, Frankreich, Kanada und Israel werden die Weichen für die zukünftige Welt-Bevölkerungspolitik im Zuge der Entwicklung der Gen- und Reproduktionstechnologie gestellt.

**Sir Julian Huxley**, Bruder des Autors von "Schöne neue Welt", Aldous Huxley, 1946-1948 erster UNESCO-Generaldirektor und vehementer Verfechter der Eugenik, propagiert eine rigide Geburtenkontrolle.

Der Begriff der "**Bevölkerungsexplosion**" wird als Schlagwort eingeführt. Eine höher entwickelte, leistungs- und widerstandsfähige Menschheit durch Züchtung und/oder Selektion ist das angestrebte Ziel. Von "freiwilliger" Sterilisation über künstliche Befruchtung bis hin zu Sterilisationsmitteln in der Nahrung und Embryo-

onenauslese wird alles erörtert.

Da meldet sich Professor **M. Klein** zu Worte, seit 1946 Direktor des Instituts für medizinische Biologie der medizinischen Fakultät der Uni Straßburg und speziell mit experimentellen und klinischen Aspekten der Fortpflanzungsphysiologie befaßt.

"Ich war ein ganzes Jahr im schlimmsten Konzentrationslager der Nazis, im Lager Auschwitz. Dort gab es eine Forschungsstation, die von einem Endokrinologen namens Clauberg geleitet wurde. (...) Wie heute jeder weiß, wurden dort Massenexperimente zur Sterilisierung von Männern und Frauen durchgeführt. Wenn man einmal mit eigenen Augen gesehen hat, wohin so etwas führen kann, wird man sehr vorsichtig, wenn man auch nur von ersten Versuchen in dieser Richtung hört." (M. Klein, in: Jungk/Mundt (Hg.), S. 130) (3)

Tatsächlich lösten die auf dem Kongreß laut geäußerten Wertvorstellungen und Zukunftsentwürfe in Deutschland heftige Kritik aus, die den zynischen Geist der Tagung anprangerte und auf die deutsche Hypothek verwies.

Die Eliten der deutschen Humangenetik, Vertreter von "Rassehygiene" und "Erbbiologie" jedoch haben ihre Linie keineswegs aufgegeben. Sie sitzen zu diesem Zeitpunkt auf neuen Professorensesseln mit wieder konsensfähig werdenden Gedanken restriktiver Familienplanung durch § 218, die gerade erst entwickelte Pille und Sterilisation.

Sexistische und rassistische Äußerungen verbinden die von den Wissenschaftlern des Ciba-Symposiums in London räumlich getrennten deutschen Menschenzüchter mit ihnen ebenso wie die Vorstellung von einer den kapitalistischen Produktionsprozessen angepaßten Menschheit.

#### Akademische Kontinuität

Münster 1962. Rektor der Universität ist Prof. Dr. **Hermann Goecke**, Direktor der Klinischen Anstalten, Direktor der Frauenklinik, Dr. med. für Gynäkologie und Geburtshilfe.

Am zur Universität gehörenden Institut für Humangenetik tummelt sich die ehemalige Elite der NS-Forschung für Erbbiologie: Professor **Ottmar von Verschuer** und sein einstiger Assistent, Professor **Heinrich Schade**, die zusammen in Frankfurt am **Institut für Erbbiologie und Rassehygiene** sowie von

1942-1945 am **Kaiser-Wilhelm-Institut** in Berlin tätig waren.

Beide sind verantwortlich für die Sterilisation und Kastration (4) von Tausenden, für Menschenversuche und Mord, direkt oder indirekt.

Professor **Heinrich Schade** war maßgeblich an der Unfruchtbarmachung farbiger deutscher Kinder, der Zwillingsforschung unter Verschuers Leitung am Kaiser-Wilhelm-Institut und dessen bevölkerungsbiologischen Untersuchungen beteiligt. Im Schlepptau von Verschuer setzte er wie dieser seine Karriere nahtlos nach 1945 fort und wurde ebenfalls Dozent für Humangenetik an der Uni Münster. Sein Thema 1962: "Bevölkerungsbiologie". Schade war nach 1945 Mitarbeiter bei der rechtsradikalen Zeitschrift "**Neue Anthropologie**" (5) und erhielt 1966 eine ordentliche Professur in Düsseldorf.

Zwar kein Nazi, aber durchaus ein Verfechter sexistisch-rassistischer Bevölkerungspolitik ist der Frauenarzt **Bodo Manstein**. Auch er ist 1962 als Privatdozent an der Uni Münster beschäftigt. Vor HörerInnen aller

## Was ist Sterilisation ?

-Unfruchtbarmachung-

**Unterbrechung  
Des Samenleiters beim Manne**

oder

**Der Eileiter bei der Frau  
durch ärztlichen Eingriff  
ohne Veränderung  
Der Keimdrüsen**

-also der Hoden und Eierstöcke-

bei

**völliger Erhaltung  
Des Geschlechtsempfindens**



Fakultäten darf er sich über "Wesen und Wertung weiblicher Eigenart" auslassen. Manstein ist Begründer und Vorsitzender des "Bundes Natur und Umweltschutz" (ab 1977 "BUND"), dann Pressesprecher unter dem Vorsitzenden Herbert Gruhl (6), Privatdozent am rechtsextremen **Collegium Humanum** (7), Autor verschiedener Schriften zur Bevölkerungspolitik und zu Gefahren der Atomtechnologie. Er ist Befürworter der Gentechnologie, bezeichnet sich selbst als Freund Martin Niemöllers und Mitorganisator der Ostermärsche. Bodo Manstein spricht sich klar gegen eine Freigabe der Abtreibung aus, will aber gleichzeitig aus bevölkerungspolitischen Gründen die Möglichkeit der Abtreibung in die Hände der Ärzte legen, verweist auf mögliche Komplikationen beim Abbruch und erklärt "den Kampf gegen die Abtreibung" zur gesundheitspolitischen Maßnahme.

"(...)negative Bevölkerungspolitik (= Einschränkung der Geburtenzahlen) kann, richtig angewandt, durchaus positive Auswirkungen für ein diszipliniertes Volk haben." (8)

Auch als Schriftsteller des reaktionären Blattes "Das Gewissen, Zeitschrift für Lebensschutz, Organ des Arbeitskreises gegen Atomschäden in der deutschen Volksgesundheitsbewegung e.V." taucht er auf.

### Tatort Krankenhaus

Rektor Goecke ist ebenfalls kein unbeschriebenes Blatt.

Am 27. April 1936 ergeht ein Schnellbrief des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Inneren an den Regierungspräsidenten in Münster, in dem Maßnahmen zur "Sterilisation durch Röntgen- und Radiumbestrahlung" an Frauen in Kliniken in Münster, Gelsenkirchen und Recklinghausen festgelegt sind. Als beauftragte Ärzte für die Universitätsfrauenklinik Münster werden Prof. Dr. **Esch**, Dr. **Beaufays** und Oberarzt Dr. **Goecke** genannt. Als Arzt für Geburtshilfe und Gynäkologie sowie als Dozent an der Uni Münster taucht Goecke in den Verzeichnissen der Universität während und nach der Nazi-Herrschaft unter gleicher Anschrift auf.

Im Gegensatz zu den Verbrechern in den KZs und den geistigen Stützen der faschistischen Bevölkerungspolitik ist über die Sterilisationsärzte in den Krankenhäusern und Heilanstalten noch relativ wenig bekannt. Daß aber über 250 000 Menschen

während des Hitler-Faschismus sterilisiert wurden, geht nicht allein auf Verbrecher wie den Arzt Prof. Dr. **Carl Clauberg** und seinen Mittäter Dr. **Schumann** im KZ Auschwitz zurück.

Zunächst waren es die Krankenhausärzte, die zig-Tausende unfruchtbar machten und der Vernichtung von Kindern, Frauen und Männern in den KZs geistige Nahrung boten. Direkt beteiligt an dem ganzen Programm der Menschenvernichtung wiederum spätere Humangenetiker.

So ließen die Nazis von bekannten "Rassehygienikern" einige Gutachten über Menschen erstellen, die aufgrund der faschistischen Festlegung "lebensunwert" zwangssterilisiert werden sollten.

Einer dieser Gutachter war Prof. Dr. **Fritz Lenz**.

Am 25.7.1933 wurde in der ganzen Presse das "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" bekanntgegeben, das am 1.1.1934 in Kraft trat. Mindestens 400 000 Menschen sollten nach Vorstellung u.a. von Lenz ihrer Fruchtbarkeit beraubt werden. Zu lesen war in der Presse:

"Da die Sterilisierung das einzig sichere Mittel ist, um die weitere Vererbung von Geisteskrankheiten und schweren Erbleiden zu verhüten, muß das heute verkündete Gesetz zur Verhinderung erbkranken Nachwuchses als ein Teil der Nächstenliebe und Vorsorge für die kommende Generation angesehen werden."

Gedacht war tatsächlich an die Einsparung von Millionen Aufwendungen durch die selektive Bevölkerungspolitik. Schließlich entdeckten die Bevölkerungsstrategen jedoch eine Schwierigkeit: die "hohen Kosten" für Zwangssterilisationen an Frauen und Mädchen durch operative Eingriffe, auf die bereits Prof. Fritz Lenz hingewiesen hatte. Auch hierfür sollte es bald Auswege geben, indem man sich der Auswirkung radioaktiver Strahlung bemaß.

1926 hatte der US-Genetiker **Hermann Joseph Muller** (1962 am Ciba-Symposium beteiligt) die Erzeugung von Mutationen durch Strahlung an der Fruchtfliege belegt und 1946 für seine Forschung den Nobelpreis erhalten.

Bekannt war auch die die Keimbahnen zerstörende Wirkung von Röntgen- und sonstiger ionisierender Strahlung, die sich die Nazi-Ärzte nun zunutze machen wollten.

## Die ökonomische Lösung: Röntgenkastration

Am 11. März 1935 verhandelte die Arbeitsgemeinschaft für Rassehygiene und Rassenpolitik die Erweiterung der Sterilisationsgesetzgebung um Röntgenkastration und Radiumsterilisation, die sowohl die Grundlage für die Einzelbehandlung in Krankenhäusern wie auch für die grausamen Menschenversuche in Auschwitz und Birkenau bildete. Referent des Treffens war Prof. Dr. **Ernst Rüdin**, zusammen mit Prof. Dr. **Hans Friedrich Karl Günther**, **Fritz Lenz**, u.a. mit der Gesetzgebung zur Vererbungslehre und Rassehygiene und den Vorschlägen für die Durchführung rassenpolitischer Aufgaben betraut.

Mit Inkrafttreten der erweiterten Gesetzgebung zur Sterilisation/Kastration gingen 1936 Anweisungen an Krankenhäuser, die speziell die Unfruchtbarmachung durch Strahlenbehandlung an Frauen vornehmen sollten. In aller Regel waren es Gynäkologen und/oder Röntgenologen. Zur "reibungslosen" Durchführung der Sterilisationskampagne waren 1934 auch die **Erbgesundheitsgerichte** in Aktion getreten, an denen neben Juristen beamtete und nicht beamtete Mediziner als Beisitzer über das Leben von Hunderttausenden verfügten.

### Dortmund

Durch Druck auf Familienangehörige sowie Einlieferungen in Kranken- und Heil-

Anzeige

anstalten durch die Gestapo wurden die "Abgeurteilten" ihrem Schicksal zugeführt.

Am Erbgesundheitsobergericht in **Hamm** war z.B. der Dortmunder Stadtmedizinalrat Dr. **Julius Caesar** (!) als Beisitzer für den Bezirk Dortmund u.a. für die Sterilisation an Frauen mit Röntgen- und Radiumbestrahlung verantwortlich. Als nicht beamteter Beisitzer des Gerichts wird durch den Gauleiter Westfalen Süd, Bochum, am 18.3.1938 die erneute Bestellung des praktischen Arztes Dr. **Brauss** aus Dortmund befürwortet.

Im Zentralröntgeninstitut der städtischen Krankenanstalten Dortmund und der Städtischen Frauenklinik "**Dudenstift**" sind Oberarzt Dr. **Schüler** zur Vornahme der Unfruchtbarmachung von Frauen durch Röntgen- und Radiumbestrahlung, Dr. **Meissner** mit der Sterilisierung mittels Radiumbestrahlung beauftragt. Es dürften aber noch mehr Ärzte gewesen sein.

Bis zur Einrichtung des Forschungslabors in Auschwitz (1941) durch Dr. **Horst Schumann** zur Massenskastration mittels Strahlung bei Männern bleibt diese Methode für die Unfruchtbarmachung an Frauen vorbehalten (s. Formular). Bis einschließlich des ersten Halbjahres 1937 waren lt. Reichsministerium bereits 197 419 Menschen ihrer Fortpflanzungsfähigkeit beraubt worden, von denen mindestens 437 Personen starben, davon wieder allein 367 Frauen.

Sterilisation an Männern wurde nach bisherigem Wissen in den Städtischen Kran-

## BUCHLADEN

### TARANTA BABU



• LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK • SOZIALWISSENSCHAFTEN •  
KOMMUNIKATIONS- UND SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE • ÖKONOMIE •  
POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VATER • MÄNNER • GROSSES  
ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA

Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00

Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)

Dortmund 1, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

kenanstalten, der Krankenanstalt Dortmund-Dorstfeld, dem Hansemannstift Dortmund-Mengede, dem Krankenhaus Lütgendortmund und der Heilanstalt Dortmund-Aplerbeck durchgeführt.

Die Ärztekammer Westfalen-Lippe mit Sitz Westfalendamm in Dortmund stellte ebenso Zeugnisse für die ausgesuchten Beisitzer am Erbgesundheitsgericht in Hamm aus wie die Gauleitung Westfalen Süd in Bochum, so z.B. für den Obermedizinalrat und Direktor der Anstalten **Eickelborn, Dr. Kanis**.

### Zweitkarrieren

Ebenfalls am Erbgesundheitsobergericht in Hamm findet sich mit polizeilichem Führungszeugnis dieses Gaus Prof. Dr. med. **Werner Villinger**, Leiter der Bodelschwingschen Anstalten in **Bethel** bei Bielefeld. Er gehört, wie viele Mediziner-Kollegen, zu den Zweit-Karrieristen im Nachkriegsdeutschland. Als ehemaliges Mitglied im ständigen Ausschuß für Rassehygiene und Rassenpflege des Zentralausschusses der Inneren Mission bleibt er nach 1945 seiner Überzeugung treu, daß geistig Behinderte auf alle Fälle zeugungsunfähig gemacht werden müßten. Seine Vergangenheit schadet ihm keineswegs: Obwohl als Gutachter an der "T-4-Aktion", d.h. dem Massenmord an sogenanntem "lebensunwertem Leben", direkt beteiligt, erhält er bereits 1946 ein Ordinats für Psychiatrie in Marburg und wird 1947 von den amerikanischen Besatzungsbehörden mit dem Entwurf eines neuen Sterilisierungsgesetzes beauftragt. Zwischen 1951 und 1961 bis zu seinem Tod ist er Präsident der Gesellschaft Dt. Neurologen und Psychiater, erhält 1952 das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und wird 1956 zum Rektor der Marburger Philipps-Universität ernannt. Schließlich ist er 1958 Mitbegründer der Bundesvereinigung "Lebenshilfe für Geistig Behinderte e.V." und deren 1. Vorsitzender bis zu seinem Tod. Ebenfalls Gründungsmitglied der Lebenshilfe war **Hermann Stutte**; auch er bleibt mit seinen faschistischen Lehrern nach 1945 in Verbindung.

Zwar darf die Lebenshilfe nicht pauschal als faschistische Organisation abgetan werden, aber es bleibt zu vermerken, daß sie sich mit der Vergangenheit nie aktiv auseinandergesetzt hat. Stattdessen hat sie die Unfruchtbarmachung geistig Be-

hinderter immer forciert. So war es vielleicht doch nicht nur ein Versehen, daß ausgerechnet die Lebenshilfe in Marburg unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (damals noch Prof. Rita Süßmuth, ehemals UniDo) 1989 eine Tagung unter dem Motto "Europäisches Symposium Biotechnik-Ethik-Geistige Behinderung" im Rahmen des WHO-Programms "Gesundheit 2000" durchführen will, zu dem auch der Euthanasie-Propagandist **Peter Singer** als Diskussionssteilnehmer geladen ist.

Der Kongreß wird durch massiven Protest verhindert.

Ein anderer Zweit-Karrierist ist der Erbbiologe Fritz Lenz. Bekanntgeworden durch Schriften zur "Rassehygiene" und "menschlichen Auslese", bestimmt er 1936 "Krankheit als unvollständige Anpassung". Ganz im Sinne damaliger Eugenik setzte Lenz damit auch eine Beschreibung für die heutigen Humangenetiker fest:

Diese Definition wird beim genetischen Screening in Chemie- und Atomkomplexen benutzt, um produktionsbedingte Gesundheitsschäden den persönlichen "schlechten" Erbanlagen zuschreiben zu können.

Fritz Lenz war, wie Schade, an der Zwangssterilisierung aller farbigen deutschen Kinder (sog. "Rheinland-Bastarde") beteiligt. Das ehemalige Mitglied im Sachverständigenbeirat für Bevölkerungs- und Rassenpolitik, Abteilungsleiter am Kaiser-Wilhelms-Institut für Anthropologie in Berlin, Verfasser verschiedener rasseanthropologischer Schriften usw. hatte bereits 1946 wieder eine außerordentliche Professur für Humangenetik in Göttingen inne.

### Ballastexistenzen und Bastarde

Das Ziel seines Kollegen Prof. Dr. Ernst Rüdin, Gründer und Vorsitzender der **Deutschen Gesellschaft für Rassehygiene** seit 1933, Mitherausgeber und Kommentator des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses:

"(...)die Zwangssterilisation aller Ballastexistenzen, d.h. aller moralisch Irren oder ethisch schwer Defekten, sozial minderwertigen Psychopathen und aller Anlageverbrecher." (Zs 1999, Heft 2/87, S. 181).

1937 beginnt die Verfolgung, Sterilisierung und Ausrottung sog. Bastarde, nachdem sie zuvor von dem bereits erwähnten Prof. Heinrich Schade und dem ebenso be-



kannten Erbbiologen **Eugen Fischer** rasseanthropologisch und erbbiologisch erfaßt worden waren.

Prof. Eugen Fischer, bereits 1913 durch seine Veröffentlichung "Die Rehobother Bastards und das Bastardisierungsproblem beim Menschen" als Kapazität anerkannt, Mitglied in zahlreichen rassehygienischen Gesellschaften, eingeschworener Antisemit und 1942 an der Sitzung zur Vorbereitung der Vernichtung der Ostvölker beteiligt, wird 1952 als Ehrenmitglied in die "**Deutsche Gesellschaft für Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung**" aufgenommen. Die Gesellschaft ist ein Sammelbecken einstiger Nazi-Rassebiologen und vieler Mitglieder des faschistischen **Thule-Seminars**.

1. Vorsitzender war z.B. in den 70er Jahren **Jürgen Rieger**, Faschisten-Anwalt und u.a. auch Verteidiger von SS-Siggi in Dortmund.

Im wissenschaftlichen Beirat sitzen bzw. saßen der französische Faschist **Alain de**

**Benoist**, der rassistische Ernährungspapst **M.O. Bruker**, der rechte WSL-Gründer **Günter Schwab**, u.a.

Professor Hans Friedrich Karl Günther alias **Ludwig Winter** alias **Heinrich Ackermann** (in Publikationen nach 1945) erhielt 1945 seine Suspendierung mit allen Pensionsrechten.

Gleichzeitig erscheinen seine rassistisch-antisemitischen Schriften als Neuauflage in rechtsradikalen Verlagen wie z.B. dem Ludendorff-Verlag "**Hohe Warte**". In der Zeitschrift "Neue Anthropologie" wird für seine Machwerke geworben.

### Immer wieder: Kontinuität

#### ...statt Sühne

Der von Prof. Klein auf dem Ciba-Kongreß erwähnte Frauenarzt Prof. Dr. Carl Clauberg ist einer der wenigen Nazi-Ärzte, die wegen begangener Verbrechen vor Gericht gestellt werden sollten. Nur unter dem Druck des **Internationalen Auschwitz Komitees** war schließlich die Bundesärztekammer bereit, ihm ein vorläufiges Verbot zur Ausübung des Berufs zu erteilen. Zwei Jahre nach seiner Festnahme stirbt Clauberg im August 1957, ohne daß ein Prozeß gegen ihn begonnen hätte.

Sein Kollege Horst Schumann, verantwortlich für den Mord in den Vergasungsanstalten **Grafeneck** und **Sonnenstein** und Verstümmelung hunderter Menschen im KZ Auschwitz durch Bestrahlungsversuche kann sich 22 Jahre seiner Verhaftung durch Flucht ins Ausland entziehen. Nach einer 6jährigen Haft wird er schließlich aus "gesundheitlichen Gründen" entlassen.

Andere an Entvölkerungsaktionen, Sterilisation, Menschenversuchen und Massenmord beteiligte Ärzte können ungeschoren, z.B. in Forschungsprojekten der USA, als Genetiker unterkommen.

### Alte Muster und Neue Weltordnung

Die sexistisch-rassistische Argumentation negativer Bevölkerungspolitik während der Nazi-Herrschaft und die Formulierungen führender Humangenetiker sowie Philosophen während des Ciba-Symposiums bezüglich der demographischen Entwicklung der als unterentwickelt bezeichneten Länder des Trikont ist erschreckend ähnlich.

#### Anzeige

**HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH**  
 Hattinger Straße 188 4630 Bochum I  
 Tel. 0234/450590  
 Fax: 0234/452268

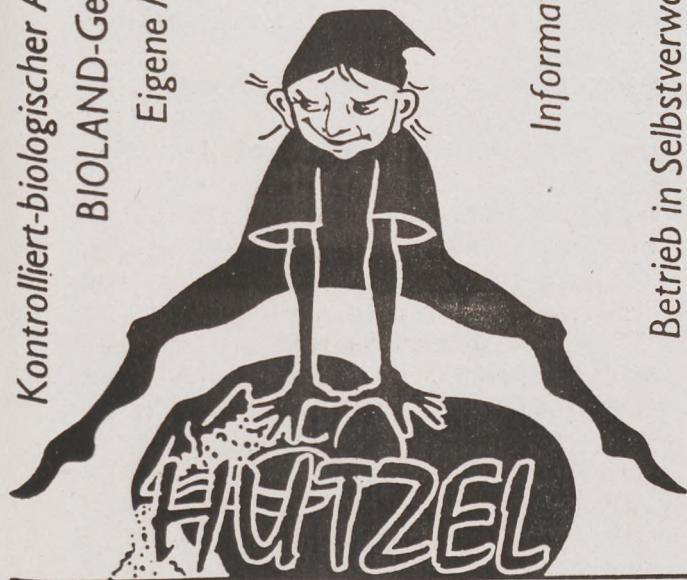
Kontrolliert-biologischer Anbau

BIOLAND-Getreide

Eigene Mühle

Informationen

Betrieb in Selbstverwaltung



Mo. - Fr. 10.00 - 13.00 Uhr, 15.00 - 18.00 Uhr

So heißt es im Nazi-Jargon zur "Frage der Behandlung der Bevölkerung der ehemaligen polnischen Gebiete" des Rassenpolitischen Amtes:

"Alle Maßnahmen, die der Geburtenbeschränkung dienen, sind zu dulden oder zu fördern. Die Abtreibung muß im Restgebiet straffrei sein. Abtreibungs- und Schutzmittel dürfen in jeder Form öffentlich angeboten werden."

(Hefte von Auschwitz 2, 1959).

Auf dem Ciba-Kongreß vertritt man(n) die Meinung:

"Die Welt braucht eine Bevölkerungspolitik (...). Dazu müssen wir vor allem eine große Zahl moralischer, ideologischer und religiöser Widerstände überwinden. Das kann nur durch Aufklärung geschehen (...). bis dahin sollten alle fortgeschrittenen Nationen mit wachsendem wissenschaftlichen und technischen Aufwand versuchen, einfache und brauchbare Verfahren der Geburtenkontrolle zu erfinden und ihre Erfindungen der übrigen Welt frei zur Verfügung zu stellen. Außerdem müßte ein in-

ternationales Hilfswerk berücksichtigen, was ich die demographische Kreditwürdigkeit des Empfängerlandes nennen möchte." (J. Huxley, in: Gentechnologie, Chancen und Risiken, Band 16, 1988, S. 46)

**Fortsetzung folgt.**

**Anmerkungen:**

(1) Eine Einrichtung des weltweit operierenden Pharma-Konzerns Ciba-Geigy

(2) Robert Jungk/Hans Josef Mundt (Hg.): Das umstrittene Experiment: Der Mensch. 2. ergänzte Auflage, Frankfurt a.M./München 1988 (im folgenden zitiert als Jungk/Mundt (Hg.) 1988)

(3) Clauberg war insbesondere mit der wissenschaftlichen Erforschung weiblicher Sexualhormone in enger Zusammenarbeit mit der Firma Schering-Kahlbaum, Berlin, beschäftigt, bevor er mit deren Hilfe das "Forschungsinstitut für Fortpflanzungsbiologie" 1942 in Auschwitz errichtete.

(4) Bei der Sterilisation werden Eileiter bzw. Samenleiter verschlossen, bei der Kastration die Keimdrüsen von Männern bzw. Frauen zerstört, z.B. durch Bestrahlung.

(5) Organ der rechten "Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung". Im Beirat 1972 u.a. Rolf Kosiek, NPD, Chefideologe "Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes", Heidelberg.

(6) Gründer verschiedener ultra-rechter Organisationen und Parteien (z.B. GAZ, ÖDP), 1975-1977 Vorsitzender Bund Natur und Umweltschutz, Lebensschützer auf nationaler Ebene, Befürworter diktatorischer Maßnahmen zur Geburtenkontrolle im Trikont.

(7) Schulungszentrum des "Weltbund zum Schutze des Lebens" (WSL), in dem sich zahlreiche Alt- und Neofaschisten einfanden.

(8) Bodo Manstein: Liebe und Hunger. Die Urtriebe im Licht der Zukunft, München 1967, S. 67.

**Anti Atom Büro**  
Am Ölpfad 25  
4600 Dortmund-Hörde

**Denk ich an Deutschland**  
in der **NACHT**  
dann bin ich um den  
**SCHLAF** gebracht.

Heinrich Heine

**TERRE DES FEMMES**


Frauen werden überall auf der Welt in ihren Menschenrechten verletzt:

- um** ihre Freiheit durch Vorschriften, Tabus, Schleier und die guten Sitten
- um** ihre Entwicklung durch Benachteiligung in Ausbildung und Beruf
- um** ihre Individualität durch Erziehung zur Unmündigkeit und Unterwerfung
- um** ihre körperliche Integrität durch die Verstümmelung der Geschlechtsorgane
- um** ihre Würde durch die Darstellungen in den Medien.

Wir arbeiten dagegen. Unterstützen Sie uns durch Ihre Mitarbeit, Spende oder Fördermitgliedschaft.

Postgiro Hamburg  
Kontonummer 15 10 60 - 204  
BLZ 200 100 20  
Spenden sind steuerlich absetzbar.

Nähere Informationen bei:



TERRE DES FEMMES e.V.,  
Menschenrechte für die Frau  
Postf. 2531, 7400 Tübingen  
Telefon 070 71/ 242 89

## NS-PROZESS IN MÜNSTER

### 50 Jahre danach Prozeß gegen einen 88jährigen - was bringt das noch ?

Am 18. Januar 1990 begann vor dem Landgericht Münster der Prozeß gegen den 86-jährigen ehemaligen Hauptmann der lettischen Hilfspolizei, Boleslavs Maikowskis.

Zum Beispiel der 104. Verhandlungstag am 30.12.1991: Zur Verlesung kommt das 130. Protokoll einer früheren Zeugenvernehmung, dieses Mal eines von 1946 über einen Tag Anfang 1942 in den Ancupani-Hügeln bei Rezekne in Ostlettland. "Den ganzen Tag über wurden Gefangene - vom Säugling bis zu Greis - nach Ancupani gebracht und dort erschossen. Jeder Polizist hatte eine Flasche Schnaps als "Mutmacher" bekommen. Bald waren sie so betrunken, daß sie kaum noch in der Lage waren, die Menschen sofort zu töten. Nachdem 500 und mehr Menschen erschossen worden waren, gab es in der Einheit noch einen Umtrunk..."

Bis auf die ständige Prozeßbeobachterin ist niemand im Zuschauer-raum. Nach 35 Minuten ist der 104. "Verhandlungstag" beendet. Wieder einer dieser unsäglichen NS-Prozesse, die besser gar nicht mehr stattfinden würden ?

Ganz und gar nicht! Denn bei genauerem Hinsehen entpuppt sich der Fall Maikowskis als Lehrstück - über NS-Massenvernichtung und Kollaboration, über stalinistischen Terror, über die "Verarbeitung" dieser blutigen Vergangenheit in Ost und West und die Rolle von KGB, CIA und westdeutscher Behörden dabei, über das Wegsehen damals wie heute.

#### Greuelthaten

Prozeß gegen einen 88-jährigen - fast alle, auch Linke, schütteln den Kopf, wenn sie davon hören. Sie sehen den Angeklagten und vergessen die Opfer.

Ende 1941 im besetzten Lettland: Im Dorf **Audrini** wird ein Polizist von geflohenen sowjetischen Kriegsgefangenen erschossen. Die Dorfbewohner (61 Männer, 88 Frauen und 51 Kinder) werden daraufhin verhaftet, das Dorf niedergebrannt. Auf Befehl des Kommandeurs der Sicherheitspolizei Lettlands Strauch werden alle Audriner erschossen: am 4. Januar "zur Abschreckung" auf dem Marktplatz von Rezekne 30 Männer, in der Nacht zuvor in Ancupani die 170 anderen Audriner, darunter die über 100-jährige Vera Glusnova und Stepanida Glusnova mit ihrem Neugeborenen. Hieran soll laut Anklage B. Maikowskis als Chef des 2. Polizeireviere von Rezekne maßgeblich beteiligt gewesen sein. Die Vernichtung Audrinis wurde mit 6000 Plakaten in ganz Ostlettland bekannt gemacht, es war eine der ersten demonstrativen Dorfvernichtungsaktionen der Nazis im 2. Weltkrieg, vor **Lidice** und **Oradour-sur-Glane**.

Die Vernichtung Audrinis war zugleich die Spitze eines Eisberges an Massenmorden, die seit Juni 1941 das Land überzogen. Hierüber berichtete uns Jakov Israelit 1990 in Riga, der als 13-jähriger Anfang Juli 1941 den deutschen Einmarsch in Rezekne erlebte: Alle jüdischen Männer zwischen 18 und 60 Jahren wurden in das Gefängnis gesperrt. Kurz darauf fand man im Hof der sowjetischen Geheimpolizei NKWD die Leichen von 10 vor Abzug der Roten Armee Erschossenen. Sie wurden zur Schau gestellt. "Danach wurden 30 Juden aus dem Gefängnis getrieben. Schwarzuniformierte erschlugen sie mit Knüppeln an Ort und Stelle. Sie wollten zeigen, wie man töten müsse. Von da an wurden von lettischen Bewaffneten immer wieder Gruppen aus dem Gefängnis geführt - zur Arbeit, zur Erschießung..."

Während Jakov sich mit seinem Onkel verstecken konnte, wurden erst alle jüdischen Männer, dann auch Frauen und Kinder ermordet.

Laut Tätigkeitsbericht der Kreispolizei Rezekne vom 20.7.1942 wurden innerhalb eines Jahres in diesem ca. 13 000 Einwohner zäh-

lenden Landstädtchen 3 219 Juden, 80 Zigeuner und 153 Kommunisten "liquidiert", d.h., ein Viertel der Bevölkerung!

### Was wurde aus den Tätern ?

In der "Lettischen Sowjetrepublik" liefen ab 1945 Schau- und Geheimprozesse gegen mutmaßliche NS-Täter, oft als Schnellverfahren mit Pauschalurteilen, z.T. mit erpreßten Geständnissen. Über Jahrzehnte wurde die Erinnerung an die Nazizeit instrumentalisiert für die politischen Zwecke der Partei; der Holocaust hatte in dieser Erinnerung keinen Platz, er wurde verschwiegen bis Ende der 80er Jahre.

Zehntausende flohen 1944 vor der vorrückenden Roten Armee gen Westen, unter ihnen tausende Angehörige der lettischen Waffen-SS, unter ihnen viele an den NS-Massenmorden Beteiligte. Als "Selbsthilfeorganisation" der lettischen Waffen-SS bildeten sich 1945 die "**Daugavas Vanagi**" (Dünafalken); ihre Zentraleitung saß längere Zeit in Münster.

Maikowskis floh über Danzig nach Pinneberg, studierte dort Jura und wanderte 1951 in die USA aus. Seine Vergangenheit als Polizei-Hauptmann verschwieg er. In den 50er und 60er Jahren war er Mitglied in insgesamt 13 Exilorganisationen, bei den Vanagis, als stellvertretender Vorsitzender der Amerikanisch-Lettischen Vereinigung, als Delegierter bei der "Versammlung unterdrückter europäischer Nationen".

Während des Kalten Krieges wurden diese Organisationen intensiv vom CIA gestützt und benutzt.

### Verschleppte Ermittlungen

Anfang der 60er Jahre wurden in den USA erste Vorwürfe gegen Maikowskis bekannt. Wegen der Beteiligung an der Ermordung von 15 000 Menschen im Kreis Rezekne 1941/42 verurteilt ein Gericht in Riga am 30. Oktober 1965 Maikowskis - und fünf andere Mitangeklagte - in Abwesenheit zum Tode. Die USA lehnen das Auslieferungsgesuch der UdSSR ab.

1966-1974 befragen die US-Behörden Maikowskis mehrfach ohne Ergebnis, aus Protest gegen den "Ermittlungsunwillen" der zuständigen US-Einwanderungsbehörde tritt einer ihrer Beamten zurück.

Überlebende des Rigaer Ghettos (Ende 41/Anfang 42 waren ca. 20 000 Juden aus dem "Großdeutschen Reich" nach Riga deportiert worden, darunter 2 000 aus Westfalen) demonstrierten 1973 vergeblich vor dem deutschen Generalkonsulat in New York für seine Auslieferung an die Bundesrepublik.

1976 beginnen erneut Ermittlungen gegen Maikowskis wegen Verstoßes gegen das US-Einwanderungsgesetz (nur Falschaussagen bei der Einreise, nicht die Morde selbst stehen dabei zur Debatte).

Für das 1979 zum Aufspüren von NS-Verbrechern gebildete "Office of Special Investigation" beim US-Justizministerium wird Maikowskis zu einem der ersten Fälle, den es durch alle Instanzen verfolgen muß. Dabei schießen Exilkreise massiv gegen das OSI, werfen ihm Kollaboration mit dem KGB vor und scheuen sich nicht, wieder von einer "jüdisch-bolschewistischen Verschwörung" zu reden. Maikowskis US-Anwalt Berzins spielt in dieser Anti-OSI-Kampagne eine führende Rolle.

1986 verfügt das höchste US-Gericht schließlich Maikowskis Ausweisung.

Ermordete aus  
Audrini



### Verhinderte Ermittlungen

Als 1976 der "Verband Demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgter"/Schleswig-Holstein das Bundesjustizministerium aufforderte, die Auslieferung Maikowskis an die Bundesrepublik zu bewirken, lehnte die zuständige Staatsanwaltschaft ab. Als die US-Behörden 1986 ein Aufnahmeland für Maikowskis suchten, lehnte die Bundesre-

gierung ab. Als schließlich 1987 seine Abschiebung in die UdSSR drohte, stellte ihm das New Yorker Generalkonsulat der BRD in voller Kenntnis der gegen ihn erhobenen Vorwürfe und nach Rücksprache mit dem Auswärtigen Amt ein Besuchervisum aus. Die amtliche "Fluchthilfe" wurde gegenüber den US-Behörden geheim gehalten. Der damalige deutsche Generalkonsul Sympher: Man habe der US-Regierung aus der Klemme zwischen antikommunistischer Öffentlichkeit und "Wiesenthal-Leuten" geholfen.

In Münster fand Maikowskis über Freunde dann ganz legal eine Bleibe. Nicht mal ein Ermittlungsverfahren wurde gegen ihn eingeleitet.

Erst nachdem ihn **Elliot Welles**, bei der großen jüdischen Menschenrechtsorganisation **Anti-Defamation League** zuständig für NS-Kriegsverbrechen, in Münster aufgespürt hatte und dies von der New York Times berichtet worden war, wurde die westdeutsche Justiz aktiv: Am 19.10.1988 wurde er verhaftet, 15 Monate später begann der Prozeß. Der schändlich späte Termin des Prozesses ist verschuldet von den höheren Ebenen von Justiz und Auswärtigem Amt; auch kirchliche Stellen sollen sich für Maikowskis, Träger einer päpstlichen Verdienstmedaille, eingesetzt haben. Das Gericht hat das nun auszubaden.

### Der Prozeß

Zweiter Anklagepunkt neben der Beteiligung an dem nächtlichen Massaker ist die Ermordung des Juden **Falk Borsch** am 2.5.1942. Andere Beschuldigungen (Beteiligung an den Massenmorden im Jahr 1941) sind nicht zur Anklage gekommen, weil die Beweislage zu dünn ist.

Der Angeklagte macht einen erstaunlich rüstigen Eindruck, er verfolgt die Verhandlungen konzentriert, macht sich immer wieder Notizen. Äußerungen von Zeugen, auch schwere Vorwürfe, hört er sich ohne jede äußerliche Regung an. Grundmuster seiner Aussagen ist, er sei als Vorsteher des 2. Polizeireviere von Rezekne nur für Ruhe und Ordnung zuständig gewesen, abgesehen von Partisanenaktionen hätten er und seine Leute nichts mit Erschießungen zu tun gehabt. Die Vorwürfe gegen ihn seien alle vom KGB produziert worden, um die Exilletten zu diskreditieren. In Wirklichkeit habe er sogar den Erschießungsbefehl in Sachen Audrini verweigert.

Die Verteidigung tut ihre "Pflicht", ohne dabei in den Zynismus zu verfallen, wie ihn Verteidiger in etlichen anderen NS-Prozessen an den Tag legten.

Das Gericht verhandelt ruhig und sachlich, sehr rücksichtsvoll gegenüber dem alten Angeklagten, akribisch in der Sache. Zeitzeugen wie der ehemalige SS-Obersturmbannführer und Kriminalhauptkommissar a.D. Günther Tabbert aus Düsseldorf oder der ehemalige Obersturmführer der lettischen Waffen-SS, Alfrede Berzins, aus Münster werden allerdings sehr schonend befragt.

### Bisher 115 Verhandlungstage, kein Ende in Sicht

Keine Seite versucht, den Prozeß zu verschleppen. Ob aber der 2. Großen Strafkammer, die seit Januar 90 mehr als ein Dutzend andere Mord- und Totschlag-Prozesse bewältigt hat, genügend Entlastung geschaffen wurde, um diesen besonders schwierigen Prozeß zügig zu bewältigen, läßt sich von außen schwer beurteilen. Hauptproblem ist aber, daß die Mehrzahl der Zeugen der damaligen Verbrechen inzwischen tot ist, daß also in großem Umfang Vernehmungprotokolle aus Verfahren der 80er, 70er, 60er, ja auch der späten 40er Jahre herangezogen werden müssen. Ein großer Teil der Vernehmungen war von KGB-Beamten durchgeführt worden. Die Protokolle mußten erst übersetzt, dann zweisprachig in der Verhandlung verlesen werden. Das dauerte, schien aber noch 1991 zu schaffen zu sein.

Da ergaben sich mit der Unabhängigkeit Lettlands ganz neue Perspektiven: Ermittlung weiterer Zeugen, freier Zugang zu den bisher unbekanntenen Wortprotokollen des Rigaer Prozesses von 1965, Zugang zu KGB-Archiven. Ein Ende des Prozesses war nun nicht mehr absehbar, der Haftbefehl gegen den Angeklagten wurde deshalb nach dreijähriger Haft außer Vollzug gesetzt.

Und im Januar die Weltpremiere: Erstmals sagten ehemalige KGB-Ermittlungsbeamte vor einem westlichen Gericht bei einem NS-Prozeß aus. Zur Enttäuschung der Verteidigung traten sie aber nicht als "reue Sünder" auf, sondern stellten ihre damalige Tätigkeit als völlig gesetzmäßig dar. In der Tat gibt es aus bisherigen NS-Prozessen keinen Hinweis, daß in der UdSSR im Zusammenhang mit NS-Verbrechen Beweismittel und Zeugenaussagen manipuliert worden sind. Das rosige Bild, das die Ex-KGBler von ihrer "Firma" insgesamt zeichneten, minderte aber die Glaubwürdigkeit ihrer konkreten Aussage und erst recht ihrer spektakulären "Enthüllung", sie hätten in einer Geheimakte eine von Maikowskis unterschriebene Verpflichtungserklärung gegenüber dem NKWD von 1940 gefunden.



Ancupani-Berge: Hier wurden in deutscher Zeit tausende Menschen ermordet, am 3. Januar 1942 die 171 Frauen, Kinder und alten Leute von Audrini.

### Was bringt's ?

Ob 50 Jahre danach die Wahrheit noch zweifelsfrei ans Licht gebracht werden kann, ob es im Falle eines Schuldspruchs noch eine angemessene Strafe geben kann, ist zweifelhaft.

Der Prozeß macht aber Sinn vor allem als Chance der Erinnerung an Massenverbrechen, die jahrzehntelang vergessen und verdrängt wurden.

Der schleppende, oft langweilige und unübersichtliche Prozeßalltag macht diese Erinnerung zu einer mühseligen Angelegenheit.

Hier setzen unsere Aufgaben als ProzeßbeobachterInnen an:

- Dokumentation des Prozesses in einem laufenden Pressespiegel, der an NS-Verfolgten-Organisationen in Lettland und USA geht;

- Hintergrundmaterialien für Presseleute, Schülergruppen, LehrerInnen und andere Interessierte; Prozeß-Infos über den aktuellen Prozeßstand und bevorstehende interessante Zeugenauftitte;

- Zusammenarbeit mit der Lokalpresse, WDR, dpa und Reuter sowie einigen ausländischen Blättern.

Aus mehreren Lettlandbesuchen entstand auch ein Diavortrag zum Prozeß und seinen Hintergründen, der inzwischen vor ca. 20 Gruppen gezeigt wurde.

Erinnerungshilfen stehen also reichlich zur Verfügung.

Einer der letzten NS-Prozesse, sicher der letzte NS-Prozeß in Münster, einmalige Chance, ein Stück deutsch/lettisch/sowjetisch/amerikanischer jüngster Geschichte leibhaftig mitzuerleben. Da ist es schon bemerkenswert, wie relativ wenig diese Erinnerungschance genutzt wird - von den vielen Geschichts- und PolitiklehrerInnen allein in Münster, von Linken, von solchen, die eigentlich keinen Schlußstrich unter die Nazizeit machen wollen.

Wegsehen damals - Wegsehen heute.

Dabei ist Hinsehen heute viel leichter.

### (Winni Nachtwei)

Weitere Informationen bei mir erhältlich:

c/o GAL/GRÜNE Münster, Bremer Str. 54, 0251/662066; privat: 0251/86530.

**U Fass b A**

für 4 BriefMARK, ABO ab 20 DeEM,  
Wiederverk.: 30% Rabatt & Porto. NUR  
IM DOPPELTEN UMSCHLAG! Äu-  
ßerer Umschlag: IGA, Düppelstr.35,  
4630 Bochum oder UWZ,  
Scharnhorststr.57, 44 Münster. Innen  
jeweils: UNFI.

# KURDISTAN UND DIE KURDEN, TEIL IV

Im vorliegenden vierten Teil der Artikel-Serie von Klaus Dillmann berichten wir über Syrien-Kurdistan und Iran-Kurdistan. In der kommenden Ausgabe erscheint dann der fünfte und letzte Teil dieser Serie.

## Syrien-Kurdistan

Das damals von Frankreich beherrschte Syrien war während der Kurdenverfolgungen unter Atatürk 1925 bis 1932 Aufnahmeland für zahlreiche kurdische Familien.

Die ab September 1961 beginnende nationale und kulturelle Unterdrückung der Kurden insbesondere in der syrischen Provinz **Djazira** war eine Reaktion auf die unter Barzani in Irak-Kurdistan begonnene Erhebung. Im November 1962 wurde in Djazira unter starkem Polizeieinsatz eine Volkszählung durchgeführt, in deren Verlauf kurzerhand 120 000 Kurden zu "Nicht-Syrern" erklärt und ihnen die Ausweispapiere abgenommen wurden. Zugleich verloren sie jeden Anspruch auf Besitz des Bodens, den sie bis dahin bewirtschaftet hatten.

Pläne, wonach entlang der syrisch-türkischen Grenze (280 km lang) durch Beseitigung von über 330 kurdischen Dörfern eine 15 km breite "arabische Zone" errichtet werden sollte, wurden ab März 1963 (Beginn der Herrschaft der Baathpartei, die die Existenz einer kurdischen Nation leugnet) in die Tat umgesetzt. Das von **Muhammad Talab Hilal** (Mitglied der Baathpartei, ab 1963 Polizeichef und Gouverneur von **Hama**, später - bis 1976 - Minister in verschiedenen syrischen Regierungen) entwickelte Programm sah für Kurden "Beschneidung" (Deportation), "Verdummung" (Verbot des Schulbesuchs), "Auslieferung" (an die Türkei), "Aufspaltung" (Aufhetzen der Kurden gegeneinander), "Zonung" (Arabisierung der Nordgrenze), "Ansiedlung" (von Arabern auch in anderen kurdischen Gebieten), "Sozialisierung" (in arabischen Kollektivfarmen), "Stimmverbot" (für alle, die nicht Arabisch sprachen) und "Propaganda" (in der gesamten arabischen Welt gegen die Kurden) vor, um die "Nichtexistenz" der Kurden zu beweisen.

Erst Präsident **Assad** hat ab 1976 den Schikanen gegen die Kurden offiziell Einhalt geboten. Nach wie vor ist jedoch die kurdische Sprache verboten; während noch 1986 anlässlich des bis dahin verbotenen kurdischen **Newroz-Festes** zahlreiche Kurden von der Polizei getötet worden waren, nimmt heute

darin sogar syrische Prominenz teil. Jahrelang hat Syrien auch der PKK-Führung Asyl gewährt. Die 1957 gegründete und inzwischen in zahlreiche Flügel zerfallene **Kurdische Demokratische Partei Syriens (KDPS)**, die relativ wenig Einfluß hat, ist bisher stärker für die "Sache des palästinensischen Volkes" als für die Kurden in Erscheinung getreten.

Auf deutschem Boden besteht seit November 1985 die **Vereinigung der Demokraten Syrisch-Kurdistans (Komela Demokraten Kurdistana Suriye)**, die eine **kurdisch-arabische Zeitschrift** namens "**Dem**" (=Zeit) herausgibt.

## Iran-Kurdistan

Persien, in dem 1911 die konstitutionelle Revolution eine Beschneidung der Macht des letzten aus der **Kadjarendynastie** stammenden Schah und die Errichtung eines Parlaments (Madschlis) herbeigeführt hatte, war während des Ersten Weltkriegs trotz Erklärung seiner Neutralität sowohl von Truppen des britischen Empire als auch des russischen Zarenreichs besetzt worden. Nach dem Krieg hatte Großbritannien im Lande eine fast unumschränkte Macht. Dagegen richteten sich zahlreiche Befreiungsbewegungen, so etwa in **Horasan** unter Oberst Mohammad Taki Khan Pesyan, in **Aserbeidjan** unter Scheich Mohammad Khiyabani oder in **Gilan** unter Mirza Kutschakkhan Djangali, dem zeitweilig sogar die Bildung einer revolutionären Republik nach dem Vorbild der Sowjetrepubliken gelang.

Das Ende der Kadjarendynastie führte ein Offizier einer iranischen Kosakenbrigade namens Reza Khan herbei, der eine Modernisierung der Gesellschaft nach westlichem Muster anstrebte, vergleichbar der des Kemal Atatürk in der Türkei. Sein Putsch wurde von den Briten unterstützt. Tatsächlich mauerte sich Reza Khan zum Begründer der Pahlawidynastie.

Eine der Befreiungsbewegungen gegen die Vorherrschaft Großbritanniens war die Er-

hebung des kurdischen Stammes des **Shihak** unter Simko Esmail Agha, der zwischen 1920 und 1925 das gesamte Gebiet westlich des Urmiasees unter seine Kontrolle brachte und 1923 auch mit Scheich Mahmud Barzanji von Suleimaniya über eine Vereinigung beider Erhebungen verhandelte. Simko schwächte jedoch seine Verhandlungsposition, indem er den Führer des Assyrer, Mar Shimun, ermorden ließ. Auch dabei hatte Großbritannien seine Hand im Spiel. Als Simko 1930 in Verhandlungen über Autonomierechte für Iran-Kurdistan mit Reza Khan eintreten wollte, wurde er selbst Opfer eines von diesem inszenierten Mordes. Die kurdische Erhebung wurde 1931 von dem neuen Schah niedergeschlagen.

Erst mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wuchs die Chance für Autonomiebestrebungen der iranischen Kurden erneut. Nachdem die 1939 gegründete Partei "Freiheitsliebendes Kurdistan" (Azadichuwaz-i Kurdistan) das

Selbstbestimmungsrecht der Kurden zu ihrem Programm gemacht und den Einmarsch sowjetischer Truppen 1941 begrüßt hatte, löste sie sich 1942 zugunsten der nunmehr entstandenen Partei "Auferstehung Kurdistans" (Djiyanawa-y Kurdistan; oder kurz: Komala Dj.K.) auf, deren Ziel die gewaltsame Beseitigung der "persischen Fremdherrschaft" war.

Die Komala Dj.K. gewann sehr rasch die Unterstützung der breiten Volksmassen in den Städten und auf dem Land, verfügte aber weder über ein ausgearbeitetes Programm noch eine feste Organisationsstruktur. Die demokratische Bewegung in Iran-Kurdistan sprengte den Rahmen der Komala Dj.K., die schließlich ihre Grundlage und ihren Namen änderte und sich seit August 1945 **Demokratische Partei Kurdistans** (DPK bzw. DPK-Iran) nennt. Führer der Partei wurde Mohammad Kazi. Erarbeitet wurde ein 8-Punkte-Programm: Punkt 1 sah vor, daß das kurdische Volk seine Angelegenheiten in Kurdistan selbst regeln und innerhalb des Iran, wie das vormalige Persien seit 1937 offiziell hieß, Autonomie genießen sollte; weitere Punkte sahen das Kurdische als offizielle Sprache in Kurdistan, direkte Wahl der Distrikträte in Kurdistan, Beendigung des Kampfes zwischen Großgrundbesitzern und Bauern durch einvernehmliche Regelungen, Solidarität mit dem aserbeidjanischen Volk und mit den in Aserbeidjan lebenden Minderheiten (Armenier, Assyrer), Aufbau eines eigenen Erziehungs- und Gesundheitswesens, Nutzung der Bodenschätze Kurdistans durch das kurdische Volk vor.

Auf der Grundlage dieses Programms wurde am 22.1.1946 in **Mahabad** (kurdischer Name: Sandsch-Bolak) die **Republik Kurdistan** (Dawlat Djumhuri Kurdistan) ausgerufen.

Mohammad Kazi wurde Ministerpräsident. Gleichzeitig entstand die Sowjetrepublik Aserbeidjan. Zwischen beiden Staaten wurden freundschaftliche Beziehungen hergestellt. Der Versuch eines Interessenausgleichs zwischen Großgrundbesitzern und Bauern mißlang: viele Großgrundbesitzer begaben sich nach Teheran und kollaborierten mit dem von Großbritannien 1941 als Nachfolger für den mit Nazideutschland sympathisierenden Reza Khan eingesetzten Sohn Mohammed Reza Pahlewi; der von ihnen verlassene Grundbesitz wurde an die Bauern und unter die aus dem Irak entkommenen Peschmerga Barzanis aufgeteilt.

Im Mai 1946 verließen die sowjetischen Truppen das Land, nachdem die UdSSR mit dem Iran einen Vertrag geschlossen hatte, der ihr eine Beteiligung an der iranischen Erdölförderung zusicherte.

Im Herbst 1946 startete die iranische Zentralregierung eine Kampagne, wonach im gesamten Iran freie Wahlen abgehalten werden sollten. Unter dem Vorwand, diese sichern zu müssen, rückte die kaiserlich-iranische Armee in Kurdistan und Aserbeidjan ein; in



Der Badinan ist das Gebiet, in dem die Kurden bis heute unbesiegt geblieben sind.

(DPK = KDP;  
UPK = PUK)



Aserbeidjan richtete sie unter den demokratisch Gesinnten ein Blutbad an, verlegte sich in Kurdistan aber zunächst aufs Verhandeln. Als diese Verhandlungen scheiterten, wurden Kazi und zahlreiche Führer der Republik verhaftet und schließlich (am 30.3.1947) in Mahabad erhängt. Bei Kämpfen um Mahabad hatte die Royal Air Force auf Seiten des Schah eingegriffen und die Stadt bombardiert. Der Grund für dieses Engagement ist eindeutig:

Die 1912 gegründete und von Großbritannien (51% der Aktien) beherrschte Anglo-Iranische Erdölgesellschaft (AIOC) behielt weiterhin das Recht, das iranische Erdöl auszuheben, ja Großbritannien hatte noch während der Regierungszeit von Reza Khan eine eigene Polizei und ein weitverzweigtes Spionagenetz zur Wahrung seiner Interessen im Lande errichtet (und die Annäherung des Schah an die Nazis hatte in der daraus resultierenden Knebelung eine ihrer Wurzeln gehabt; sein Sohn suchte dagegen als Verbündete, um sich aus der Knebelung durch die Briten zu befreien, die USA, die noch während des Zweiten Weltkriegs den Iran als Basis für Waffenlieferungen an die UdSSR benutzt hatten).

Mustafa Barzani konnte sich jedoch 1947 aus der zusammenbrechenden Republik Kurdistan mit 500 Peschmerga in die Sowjetunion durchschlagen, wo ihm Asyl gewährt wurde.

Zunächst wurde die demokratische Bewegung nur in Kurdistan und Aserbeidjan unterdrückt; nach einem Attentat auf den Schah (4.2.1949) jedoch nahm dieser das zum Anlaß, diese seinerzeit von ihm selbst ermutigte Bewegung im gesamten Iran erheblich einzuschränken. 1951 (nachdem die britischen Truppen den Iran verlassen hatten) wurde der aus einer Großgrundbesitzerfamilie stammende Führer der (liberalen) Nationalen Front, **Mohammad Mossadegh**, Ministerpräsident. Daraufhin stellte sich in Iran-Kurdistan die DPK zur Wahl und errang in Mahabad und anderen Städten Kurdistans zwischen 80 und 99% aller Stimmen. Die Wahl wurde jedoch vom Schah für ungültig erklärt. Unter der Führung der DPK erhoben sich gleichzeitig die Bauern von Bokan gegen die Großgrundbesitzer und die Polizei. Dieser Aufstand wurde auf Befehl des Schah von der Armee niedergeschlagen. Bei seiner Kampagne zur Verstaatlichung der AIOC fand Mossadegh die überwältigende Mehrheit der kurdischen Bevölkerung auf seiner Seite; und bei der von ihm veranlaßten Volksabstimmung zur Beschränkung der Macht des Schah (3.8.1953) stimmten allein in Mahabad von

5000 Stimmberechtigten nur 2 für Beibehaltung der Monarchie.

Tags darauf wurde Mossadegh durch einen vom US-Geheimdienst CIA inszenierten Staatsstreich gestürzt. Die Verstaatlichung der Erdölindustrie wurde rückgängig gemacht, alle demokratischen und nationalen Organisationen verboten, Tausende von Demokraten wanderten in die Gefängnisse, Hunderte wurden hingerichtet. Iran, Irak, Türkei und Pakistan schlossen den Bagdadpakt (23.2.1955), dem kurz darauf auch Großbritannien beitrug, ein Pakt, der sich (wie der von Saadabad 1937) insbesondere gegen den kurdischen Freiheitskampf richtete.

Die DPK ging in den Untergrund. Während des Kampfes der Peschmerga unter Barzani gegen den Irak unterstützte der Schah ab 1966 Barzani, der daraufhin der DPK ein "Einfrieren" des Kampfes auf iranischem Territorium abverlangte und iranische Kurden, die den Kampf dennoch fortsetzten, auf dem von seinen Peschmerga beherrschten Territorium als unwillkommene Personen behandelte. 1967 wurde die Zusammenarbeit zwischen Barzani's KDP und der DPK abgebrochen, eine Erhebung der iranischen Kurden gegen das Schahregime mit Hilfe Barzani's in 18monatigem Kampf niedergeschlagen, einer ihrer Führer (Suleiman Moini) von Barzani hingerichtet und die Leiche dem Schahregime übergeben, das sie in mehreren Städten öffentlich zur Schau stellte.

Genützt hat Barzani und seinen Anhängern ihre Unterwerfung unter die Interessen des Schah wenig. Zum gegebenen Zeitpunkt (auf der OPEC-Konferenz in Algier 1975 abgeschlossener Vertrag mit dem Irak, der dem Iran den Zugang zum Schatt el-Arab sicherte) ließ er für die am Tage zuvor von ihm noch als "arische Kämpfer und Speerspitze der iranischen Nation" gefeierten irakisch-kurdischen Peschmerga die Rückzugsgrenzen zum Irak schließen, da sie für ihn nunmehr nur noch "subversive Elemente" waren. Die (ohnehin spärlichen) Waffenlieferungen aus den USA hörten auf. Laut einem im Jahre später veröffentlichten Pike-Report zitierten CIA-Memorandum (vom 22.3.1974) habe der Schah der offiziellen Etablierung eines kurdischen Staates von vornherein ablehnend gegenübergestanden, während für den damaligen US-Außenminister Kissinger die "Hilfe" für die Peschmerga lediglich "ein Instrument (war)\*, das dazu dient, den Irak von ... Abenteuerertum (engere Anlehnung an die UdSSR)\* abzuhalten." In diesem Geheimbericht hieß es unter anderem:

"Sowohl der Präsident (Nixon)\* und Dr. Kis-

singer wie auch der Chef des anderen Staates (der Schah)\* wünschen nicht, daß unsere Klienten (die irakisch-kurdischen Peschmerga)\* den Sieg erlangen könnten. Sie wollen, daß die Aufständischen gerade in der Lage seien, einen solchen Grad von Feindseligkeit aufrechtzuerhalten, der groß genug sei, um die Ressourcen des Nachbarstaates (Irak)\* zu unterminieren." (Mit \* versehene Passagen sind sinngemäße Ergänzungen zum Text.)

Die DPK erholte sich nur allmählich von den Schlägen, die ihr durch die Schwesterpartei KDP zugefügt worden waren. Erst 1978 war sie in der Lage, den bewaffneten Kampf gegen das Schahregime wieder aufzunehmen. Zur Bildung einer Einheitsfront wurden unter anderem folgende Losungen aufgestellt:

1. Sturz des diktatorischen, pro-imperialistischen Regimes.
2. Bildung einer demokratischen und patriotischen Regierung.
3. Garantie demokratischer Rechte für alle Völker des Iran."

Man wollte sich mit allen Kräften verbinden, die für Menschenrechte eintreten, ordnete seinen Kampf in die Befreiungsbewegungen insbesondere der dritten Welt ein und erwartete Unterstützung vor allem von den sozialistischen Ländern (womit die UdSSR und die Staaten des Warschauer Paktes angesprochen waren).

Im Laufe des Jahres 1978 wurde die Situation im gesamten Iran äußerst gespannt. Die "weiße Revolution" des Schah, mit der dieser den Iran in eine Autarkie mit Lebensverhältnissen für die Oberschicht nach westlichem Muster verwandeln wollte, hatte die Kluft zwischen den herrschenden Klassen, die den Reichtum des Landes (das Erdöl) in die Hände des ausländischen Großkapitals gelegt

und damit das Land dem Imperialismus geöffnet hatten, und den zunehmend verarmten breiten Massen des Volkes unversöhnlich gemacht. Die Inflation von jährlich 25% traf vor allem die nicht in der Industrie tätigen Massen. Infolge der Verarmung auf dem Lande und daraus resultierender Landflucht war in den Städten ein in Slums hausendes, größtenteils beschäftigungsloses und auf vom Zufall abhängige Dienstleistungstätigkeiten angewiesenes Proletariat entstanden, das eine Massenbasis einerseits für fundamentalistisch-islamische, andererseits für weltlich-revolutionäre bis kommunistische Organisationen bildete. Die traditionellen Basaris (Straßenhändler) sahen sich der Konkurrenz von Supermärkten gegenüber und ihrem Ruin entgegen.

Die rasche Industrialisierung hatte zudem ei-

nen Mangel an Facharbeitern im Lande zur Folge, der durch Gastarbeiter insbesondere aus Südostasien ausgefüllt wurde. Die Korruption und die Einführung eines neuen Kalenders (der die Regierung des altpersischen Großkönigs Kurusch (Kyros) zum Ausgangspunkt nahm) riefen den Unmut der schiitischen Geistlichkeit ebenso hervor wie die Säkularisierung ("Verwestlichung") und die Gleichberechtigung der Frau (von der allerdings nur wenige Oberschichtfrauen profitierten).

Besonders verhaßt gemacht hatte sich auch der Geheimdienst **SAWAK** (Sazeman-e Atalat wa Amniat-e Keshwar = Organisation zur Sicherheit und Informierung des Staates), der angesichts der wachsenden Unruhe immer mehr Menschen der Haft und Folter zuführte. Das Faß kam zum Überlaufen, als am 8. September 1978 (im Iran zum Symbol geworden als der 17. Schahriwar 1357) der Schah den Ausnahmezustand über Teheran hatte verhängen lassen und die Armee auf dem Djalahplatz das Feuer auf eine große Menschenmenge eröffnete, die einer Predigt des Ayatollah Nuri gegen Korruption zuhörte. Rund tausend Menschen starben, der Theologe blieb allein am Leben und predigte vor den Toten.



Ereignisse wie dieses hatten zur Folge, daß sich schließlich die staatstragende Einheitspartei Rastakhiz in mehrere einander bekämpfende Flügel aufspaltete; die Regierung sah sich gezwungen, auch andere Parteien

zuzulassen, darunter die seinerzeit von Mos-sadegh gegründete "Nationale Front", deren Führer Karim Sandjabi, der besonders in der Industriearbeiterschaft über viele Anhänger verfügte, sich in Paris mit dem im Exil lebenden, zum Symbol der Massenbewegung gewordenen Ayatollah (Beispiel Gottes) **Ruholla Musawi Khomeini** traf und mit ihm gemeinsam eine Erklärung herausgab, in der die Abschaffung der Monarchie, der Rücktritt der vom Schah eingesetzten Militärregierung (unter Djaafar Emami) und die Installierung einer nationalen Regierung und schließlich die Bildung einer auf Islam, Demokratie und Unabhängigkeit basierenden Demokratie gefordert wurden.

Wichtige Schritte vom islamischen Umsturz bis hin zur Errichtung der Islamischen Republik Iran (Djumhuri-ye Eslami Iran) waren:

Berufung des der Nationalen Front nahestehenden **Schahpur Bachtiar** zum Ministerpräsidenten durch den Schah (4.1.1979), der von Khomeini und anderen führenden Ayatollahs abgelehnt wurde, Antritt einer "Ferienreise" des Schah ins Ausland (16.1.1979), Rückkehr des Ayatollah Khomeini nach 15jährigem Exil (1.2.1979), Volksabstimmung über die künftige Staatsform, in der sich 99% für eine islamische Republik aussprachen (30.3.1979), Errichtung von Revolutionsgerichten, die unabhängig von der Regierung ihre Urteile fällten und rund 400 ranghohe Persönlichkeiten und Generäle des Schahregimes, aber auch zahlreiche politische Gegner Khomeinis hinrichten ließen. Die **Pasdaran** (Wächter der Revolution) wachten z.T. mit äußerster Brutalität über die Einhaltung islamischer Lebensregeln, wie sie von den Anhängern Khomeinis verstanden wurden. Einen nach außen wirkenden revolutionären Anstrich erhielt die neue Macht durch die monatelange Besetzung der US-Botschaft durch Studenten.

In **Iran-Kurdistan** hatten mit der Schwächung der Macht der kaiserlichen Armee die iranisch-kurdischen Peschmerga das Heft in die Hand genommen. Ihre Ziele waren jedoch den Anhängern Khomeinis nicht genehm.

Anlässlich des Todes von Barzani in den USA wurde jedoch noch einmal Einigkeit demonstriert: Der Leichnam wurde in den Iran überführt und im Beisein von rund 10 000 bewaffneten Peschmerga auf iranischem Boden feierlich beigesetzt.

Wenig später jedoch zog die iranische Armee gegen Kurdistan, war jedoch nicht in der Lage, die Peschmerga zu besiegen. Auch andernorts im Iran regte sich Widerstand gegen die Herrschaft der Geistlichkeit.

So gab es Volkserhebungen im iranischen Teil von Aserbeidjan, in Sistan-Belutschistan und unter den östlich von Mesched Ali wohnenden sunnitischen Turkmenen; ferner Arbeiterstreiks (in Khusestan) und Demonstrationen arbeitsloser Akademiker (in Teheran).

Die Macht der Geistlichkeit wurde durch einen Angriff von außen gerettet: den Überfall des Irak unter Saddam Hussein 1980 zwecks Rückgewinnung der dem Schah 1975 abgetretenen Gebiete am Schatt el-Arab.

Angesichts der neuen Lage machte die DPK der iranischen Zentralregierung das Angebot, auf ihrer Seite zu kämpfen, wenn Kurdistan die Autonomierechte zugebilligt würden.

Sie erhielt keine Antwort. Faktisch konnte Iran-Kurdistan jedoch - bedingt durch den iranisch-irakischen Krieg - seinen Autonomiestatus bis 1985 wahren.

Dagegen wurden die irakisch-kurdischen Autonomiebestrebungen von Teheran unterstützt und der kurdische Aufstand als Waffenbrüderschaft begrüßt. Daß nach dem Giftgasüberfall Saddam Husseins auf zahlreiche Ortschaften Irak-Kurdistans und insbesondere auf die Stadt **Halabja** 1988 eine Dokumentation darüber in der BRD nur durch die iranische Botschaft zu erhalten war, hat hierin seine Ursache, da ja die Westmächte im Prinzip auf Seiten des Aggressors Saddam Hussein standen. Auch die vergleichsweise freundliche Aufnahme von kurdischen Flüchtlingen aus dem Irak 1991 hat hierin ihre Wurzel. Dagegen wurde etwa der Führer der DPK, Abdul Rahman Ghassemlu, in Wien allem Anschein nach von einem iranischen Kommando ermordet (13.7.1989).

2monatige Zeitschrift der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine a.d. Türkei i.d. BRD e.V. (DIDF)

Beiträge zu den Themen

- AusländerInnenfeindlichkeit, Rassismus und Faschismus
- Probleme der Antifa-Arbeit
- Berichte und Analysen über die Entwicklung in der Türkei und Kurdistan
- aus den Gefängnissen in der Türkei und Türkei-Kurdistan
- kulturelle Aktivitäten
- internationale Solidarität
- und vieles mehr...

Einzelpreis: DM 2.50 + Porto

Abonnementbedingungen:

10 Nummern 20,- DM + Porto

20 Nummern 40,- DM + Porto

Zu bestellen bei:

**DIDF**

Jägerstr. 77

4100 Duisburg 11

Aus der Türkei \* \* \* \* \* Aus Türkei-Kurdistan \* \* \* \* \* Aus der BRD

**Tatsachen**

Zeitschrift der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V. (DIDF)

---



---

# DEBATTE

---



---

## REDAKTIONSKONFERENZ DER ANTIFAZ

Am 17. Februar traf sich die erweiterte Redaktion unserer Zeitschrift und diskutierte über verschiedene Fragen, die uns seit langem bewegen, insbesondere darüber, ob und möglicherweise in welche Richtung eine Neuorientierung unseres antifaschistischen Verständnisses notwendig ist. Die Ergebnisse dieser Diskussion möchten wir hiermit vorstellen.

### Inhaltliche Neuorientierung ?

Ausgehend von der Tatsache, daß sich die Themenbreite unserer Zeitschrift in den vergangenen Jahren ständig vergrößerte, diskutierten wir die Frage, ob wir nun zu einer Zeitschrift für "alles Mögliche" geworden sind, oder ob sich unser Verständnis von "Antifaschismus" ständig erweiterte bzw. veränderte.

Auffallend ist besonders, daß die Berichterstattung über Kämpfe in anderen Ländern, die wie in Kurdistan für Unabhängigkeit und Freiheit geführt werden, stark zugenommen hat.

Was ist die Ursache ?

Wir kamen in der Diskussion zu dem Ergebnis, daß dies kein Zufall war, daß wir vielmehr versucht hatten, einen Zusammenhang zwischen dem antifaschistischen Kampf in der BRD und der Unterstützung antiimperialistischer Kämpfe wie in der Türkei und Kurdistan, aber auch in Nord-Irland oder im "jugoslawischen" Kosovo herzustellen.

Auffallend ist, daß der Kampf gegen faschistische Entwicklungen in der BRD heute untrennbar verbunden ist mit dem Kampf gegen Rassismus und der Zusammenarbeit von deutschen AntifaschistInnen und ausländischen Flüchtlin-

gen/AsylbewerberInnen sowie generell geprägt wird von dem Versuch, gemeinsame politische Ziele von AusländerInnen und Deutschen zu formulieren.

Das verbindende Kettenglied ist nicht mehr einfach der "Internationalismus", wie traditionell die Unterstützung von nationalen Befreiungsbewegungen durch deutsche Menschen genannt wird.

Mit der zunehmend offensiveren und nach Weltgeltung strebenden Politik des "großdeutschen" Imperialismus ist der Zusammenhang zwischen z.B. den Kämpfen der kurdischen und türkischen RevolutionärInnen und den deutschen AntifaschistInnen konkreter geworden.

Auch in der sogenannten "Flüchtlingspolitik", wie sie von "Flüchtlingsräten", kirchlichen Organisationen oder bürgerlich-pazifistischen Vereinigungen betrieben wird, wird häufiger auf die "Fluchtursachen", gemeint die "Ausbeutung der dritten Welt durch die Industriestaaten, auch die BRD", hingewiesen.

Der Unterstützung der Flüchtlinge, der "Fremden" steht allerdings zunehmend mehr und aggressiver der großdeutsche Nationalismus gegenüber - Nationalismus und Ansätze offen faschistischer Ideologie sind heute zu notwendigen Bestand-

teilen der Großmachtpolitik des wiedererstarkten Deutschland geworden, sie sind keineswegs eine "zeitweilige" Erscheinung, die bei "günstigerer Konjunktur" auch wieder verschwinden wird.

Sie sind auch keineswegs eine aus den sozialen Ängsten arbeitslos gewordener oder werdender Teile der ArbeiterInnenklasse "dumpf" aufsteigende "rechte Protesthaltung", sondern Ergebnis der seit Jahren von dem herrschenden Machtkartell aus Kapital, Führungsgremien der "Volksparteien", Regierung, Medien sowie großen Teilen des in Ansätzen bereits faschisierten Staatsapparates hervorgerufene Bewußtseinsformen, die in absehbarer Zeit sehr wohl zu einer faschistischen Massenbewegung "moderner Färbung" werden können.

Angesichts dieser Entwicklung scheint uns die Ausrichtung heutiger antifaschistischer Zielsetzungen auf eine durchweg antiimperialistische Grundlegung sinnvoll.

### Antifaschismus und Feminismus

Gerade in jüngster Zeit hat sich die AntifaZ den Diskussionen unter FeministInnen, auch der Diskussion um antipatriarchale Positionen, zu "öffnen" versucht.

Ein Beispiel war der Beitrag

über "Freie Liebe" in der Rubrik "Debatte".

Wir stehen sicher in dieser Diskussion erst am Anfang, wenn auch Ansätze von Problemen und Fragestellungen erkennbar werden:

Diskussionen um den Kampf gegen Vergewaltiger, gegen staatliche/patriarchale Strukturen, Erfahrungsaustausch von Frauen aus deutschen antifaschistischen/antipatriarchalen Strukturen mit kurdischen und türkischen Frauen sind begonnen worden.

Diskussionen über **Sexismus** nicht nur als Machtinstrument "der Herrschenden", sondern auch in "linken Zusammenhängen" wurden begonnen und sollen fortgeführt werden.

**Antifaschismus und Kampf gegen heutige "Bevölkerungspolitik"/Gen- und Reproduktionstechnologien**

Auch auf diesem Gebiet wollen wir weiter arbeiten, sind wir doch der Meinung, daß (und dies schon seit geraumer Zeit) die Forschung auf dem Gebiet der Gen- und Reproduktionstechnologien, die philosophisch/ethische Neubegründung eines faschistischen Menschenbildes und die rassistischen, "artgerechten" Vereinigungen eine Klammer zwischen dem "alten" und "neuen" Faschismus darstellen.

**Fazit:**

Die angesprochenen "Themen" stehen u.E. in engem Zusammenhang, ihre theoretische Vertiefung und Durchdringung geben die grobe Richtung an, in der unsere Redaktion eine "Neuorientierung" unserer antifaschistischen Grundvorstellungen anstrebt.

**Charakter unserer Zeitung:**

Die AntifaZ soll **Forum antifaschistisch-demokratischer Diskussion** sein und bleiben. Die Ansätze der Diskussion unterschiedlicher Positionen, z.B. aus grüner, sozialdemokratischer, autonomer oder sozialistischer Perspektive,

soll erhalten und erweitert werden.

Die Rubrik **Debatte** soll noch stärker als bisher für - auch kontroverse - Diskussionen angeboten und genutzt werden.

Die Tatsache, daß selbstverständlich auch die Redaktionsmitglieder insgesamt bestimmte oder weniger bestimmte, übereinstimmende und unterschiedliche Vorstellungen entwickeln, wird sich ebenfalls in der Zeitschrift widerspiegeln.

Als Grundsatz bleibt bestehen: Die AntifaZ ist keine Zeitung irgendeiner Partei oder "Richtung", sondern Sprachrohr **aller** AntifaschistInnen, Berichterstatterin und ein Element antifaschistischer Diskussionszusammenhänge in Deutschland.

**LeserInnenschaft:**

Übereinstimmung besteht in der Redaktion, daß wir kein bestimmtes "Zielpublikum" ansprechen wollen, sondern im weitesten Sinne die "demokratische Öffentlichkeit". Das schließt nicht aus, daß einzelne Artikel sich ggf. besonders an StudentInnen bzw. AkademikerInnen wenden, andere wieder stärker an ArbeiterInnen, wieder andere gezielt an SchülerInnen und Jugendliche.

Der "Stil" der Zeitschrift wird dabei weder versuchen, besonders "intellektuell" noch besonders "jugendge-

mäß" zu erscheinen, Hauptkriterium soll einzig eine größtmögliche "Allgemeinverständlichkeit" sein, wobei wir uns der Schwierigkeit eines solchen Anspruchs sehr wohl bewußt sind.

**Verbreitungskreis der AntifaZ:**

Als letzte und sicher sehr problematische Frage diskutierten wir unsere Vorstellungen zukünftiger Verbreitung, was unabdingbar mit der Diskussion über Finanzierung und Produktionsbedingungen verknüpft war.

**Vorläufiges Ergebnis dieser Diskussion:**

In den nächsten 2 Jahren soll der Versuch unternommen werden, die Zeitschrift, die bisher schwerpunktmäßig in NRW vertrieben wird, in der gesamten BRD zu vertreiben.

Parallel zu diesem Ziel wird eine insgesamt erfolgreiche Umstellung auf eine "professionellere" Gestaltung und Produktion angestrebt, ohne dabei den **eigenständigen Charakter** der Zeitschrift aufzugeben.

**Zum Schluß:**

Die Ergebnisse unserer Redaktionstagung sind nicht zufällig im **Debatten-Teil** abgedruckt. Wir verbinden damit den Wunsch, Reaktionen, Anmerkungen, Kritik und Stellungnahmen aus der LeserInnenschaft zu erhalten! Nehmt uns "in die Mangel"!

## Anzeige

Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung

Sonnen- und Windenergieanlagenbau GmbH

Planung und Montage  
umweltfreundlicher Energiesysteme  
Heizung, Elektroinstallation, Sanitärinstallation

*z.B. Solaranlagen*

Für Warmwasser  
und Stomerzeugung

denn: Der nächste Sommer kommt bestimmt!

Karl-Hermann-Straße 14 · 4352 Herten · Tel.: 0 23 66 / 4 39 65

# ZWEI GRUNDVERSCHIEDENE VORSTELLUNGEN VON FLÜCHTLINGS-POLITIK

Menschen, die sich aus demokratischen, antifaschistischen oder christlichen Motiven entschließen, AsylbewerberInnen, Flüchtlingen in Deutschland zu helfen, entwickeln entsprechend ihren unterschiedlichen Motiven unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie diese "Hilfe" am sinnvollsten gestaltet werden kann. Nicht zuletzt die Androhung einer Kirchengemeinde in Schleswig-Holstein, die von einer Gruppe von AsylbewerberInnen und ihren deutschen HelferInnen seit Monaten besetzte Kirche nun mit polizeilicher, staatlicher Gewalt räumen zu lassen (die Flüchtlinge verließen daraufhin "freiwillig" das "Kirchenasyl"), macht deutlich, daß es unter den UnterstützerInnen grundlegende Widersprüche gibt, über die diskutiert werden muß. Der nachfolgende Beitrag macht den Versuch, die Ursachen der Konflikte ein Stück zu analysieren, konkrete Erfahrungen einzubringen und Ansätze für Änderungsvorschläge zu entwickeln.

## Der Kampf um das Asylrecht

Insbesondere die gemeinsamen Attacken von CSU, CDU und einzelnen führenden SPD-Politikern zur "Neu-Formulierung" des Art. 16 des Grundgesetzes ("Politisch Verfolgte genießen Asyl") machen deutlich, daß die reaktionären Kräfte in unserem Land mit aller Kraft auf eine andere Republik hinarbeiten: ein von Flüchtlingen und AusländerInnen möglichst "freies" Deutschland, das sich zur politisch, ökonomisch und militärisch bestimmenden Macht in der Festung Europa entwickelt, um die Eroberung des Ostens auf der Grundlage einer "europäisch-nationalistischen" aufgehetzten "deutschstämmigen" Bevölkerung möglichst ungehindert voranzubringen.

Dabei sind die "multikulturellen Elemente", die AsylbewerberInnen und Fremden in diesem Land, ein Hindernis, das aus dem Weg geräumt werden muß.

Diese großangelegte Vertreibungsaktion läßt sich natürlich nicht auf einen Schlag bewerkstelligen - viele Schritte wie die Änderung des AusländerInnen-Gesetzes, des Asylverfahrensgesetzes, die erwähnte Änderung des Grundgesetzes, das ständige Hochkochen der "Asyl Diskussion", die "Unterbringung" der Flüchtlinge in Kasernen in Größenordnungen zu Tausend und mehr Menschen, deren weitgehende Abschottung von der deutschen "Stamm"-Bevölkerung, eine immer wieder in den Medien hochgeputzte Stimmung gegen "Ausländer-Kriminalität" und neuerdings die gemeinsame Kampagne von CDU/CSU und neofaschistischen Organisationen gegen die (ausländischen) Drogenhändler - dies alles und noch einiges mehr muß durchgesetzt werden, um das Gesamtziel "Deutschland ausländerfrei" zu erreichen.

Woran liegt es, daß faschistische Parolen wie "Das Boot ist voll" selbst von

SPD-Funktionären wie dem Recklinghäuser Bürgermeister Welt vorgetragen werden, daß Bilder von der "Kuh, die man nicht ewig melken kann" unter der Bevölkerung Anklang finden, wobei den Flüchtlingen durchgehend das Motiv der Habenichtse, die "unsern Wohlstand" wegfressen wollen, unterstellt wird?

## Die Lüge von der "Asylantenflut"

Seit Jahren wird gezielt die Lüge von der ständig breiter werdenden Flut von AsylbewerberInnen verbreitet, die "unser Land" überschwemmt. Selbst dort, wo diese Lüge eigentlich offensichtlich sein müßte, nämlich in den "neuen Bundesländern", denn dort befinden sich weitaus weniger Flüchtlinge als in den "alten" Bundesländern, existiert auf breiter Ebene, teilweise als Pogromstimmung vorhanden, die Meinung, "wir" würden von Flüchtlingen "überschwemmt".

**Tatsache ist:**

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind zwischen 1950 und 1990 insgesamt 27 851 912 Menschen (Flüchtlinge, ArbeitsimmigrantInnen, "Deutschstämmige") in die BRD zugewandert, das entspricht einer durchschnittlichen Zuwanderung von 696 297 Menschen pro Jahr.

Im gleichen Zeitraum sind 17 362 882 Menschen aus der BRD fortgezogen, durchschnittlich also 433 172 Menschen pro Jahr.

Insgesamt haben sich also zwischen 1950 und 1990 insgesamt 10 525 030 Menschen in der BRD niedergelassen.

Hierbei muß berücksichtigt werden, daß die gesamte Geschichte der BRD davon geprägt ist, daß in gewaltigem Umfang auf **fremde Arbeitskraft** zurückgegriffen worden ist.

Zu diesem Zweck wurden große Menschenmassen umgewälzt, insgesamt über 45 Millionen Menschen (Zuzüge und Fortzüge).

Hierbei stellen die **Flüchtlinge** die kleinste Gruppe der Zuwanderungen. Bis 1970 lag ihr Anteil an der Gesamtzuwanderung unter 1 %.

Erst ab Mitte der 70er Jahre erhöhte er sich und erreichte 1980 mit 14,3 % erstmals einen Anteil von über 10% an der Gesamtzuwanderung. Während dieser Anteil Mitte der 80er Jahre bei 14-16% lag, erreichte er 1990, zu Beginn der Hetzkampagne gegen die Flüchtlinge, gerade mal 10,8%.

(Zahlen aus: Antifa-Nachrichten Nr. 3/1992).

Auf diesem Hintergrund wird erkennbar, daß die Pogromstimmung nicht auf einer tatsächlichen "Asylanflut" basiert, sondern auf einer systematisch geschür-

ten Stimmung gegen Fremde und Flüchtlinge, die geschickt die zunehmende soziale Angst der Menschen aufgreift und diese **gegen die Flüchtlinge** zu richten versucht.

Wie man so etwas macht, zeigt uns Anfang März erneut CSU-Funktionär Streibl: Er redet künftige Pogrome herbei, die nicht zu verhindern seien, wenn nicht endlich mit dem "Flüchtlingsstrom" "Schluß gemacht" werde - ganz klar: die Bevölkerung wird sich **gegen die Flüchtlinge** wenden, nicht etwa gegen die Pogromhetzer vom Schlage Streibl, Niggemeier u.a.

**Erfahrungen aus der Flüchtlingsarbeit**

Nicht zuletzt die Ereignisse in Schleswig-Holstein, die

dortige Androhung der Kirchenräumung durch Staatsgewalt, machen deutlich, daß AsylbewerberInnen und ihre deutschen UnterstützerInnen vor großen Problemen stehen.

Auch die Situation der **Roma** in **NRW**, denen Flüchtlingsräte angeraten haben, die "Verpflichtungserklärungen", in denen sie sich "definitiv" verpflichten, "freiwillig" am sogenannten "Re-Integrations-Programm in Mazedonien teilzunehmen, um im Gegenzug seitens der Landesregierung NRW für weitere 6 Monate geduldet zu werden, "ruhig" zu unterschreiben, da sie sowieso keine "Rechtsgültigkeit" besäßen, hat sich weiter verschlechtert.

Das Beispiel der Roma sowie die Erfahrungen in **Recklinghausen** mit dem Kampf gegen die drohenden Abschiebung einer albanischen Familie nach Mazedonien machen deutlich, daß sich grundlegende Unterschiede in der Flüchtlingsarbeit herauszukristallisieren beginnen:

**Zwei Positionen in der Unterstützung der Flüchtlinge**

Es stellt sich immer mehr heraus, daß eine Position inzwischen davon ausgeht, daß die herrschende "Flüchtlingspolitik" derart in der Offensive sich befindet und Akzeptanz in der Bevölkerung findet, daß eine **Gegenoffensive**, welche insbesondere auf den Widerstand aus der Bevölkerung setzt, welche gegen den weiteren Abbau demokratischer Rechte Front macht, nicht mehr möglich erscheint. Zunehmend mehr setzt eine solche Position daher auf "**humanitäre Appelle**", "**Kir-**

chen-Asyl"-Aktionen, um an das Gewissen von Behörden und Bevölkerung zu appellieren, auf freiwilligen Verzicht auf das Nutzen aller noch vorhandener juristischer Mittel, da dies ja in der Öffentlichkeit als "Asyl-Mißbrauch" kritisiert werde.

Eine zweite Position ist dieser ersten grundlegend entgegengesetzt und versucht zunehmend, eine eigenständige, "autonome" Flüchtlingspolitik zu entwickeln.

Ansätze dazu wurden auf einer Veranstaltung der in Gelsenkirchen durchgeführten "Autonomen Ruhrfestspiele" diskutiert, auch die Recklinghäuser Aktionen (Kundgebungen, Go-Ins in die Ratssitzung, Besetzung einer Straßenkreuzung) zielen in diese Richtung.

Wie sehr die "humanitäre Schiene" derartige "Militanz" ablehnt, wurde ebenfalls in Recklinghausen deutlich, wo der dortige Flüchtlingsrat von dem Augenblick an, als die Flüchtlinge sich im "Kirchenasyl" befanden, den AntifaschistInnen jegliche eigen-

ständige Aktion untersagen wollten.

Umgekehrt macht das Beispiel aus Schleswig-Holstein deutlich, daß die "autonome" Flüchtlingspolitik dort an ihre Grenzen stößt bzw. schädlich wird, wo sie versucht, Kirchenasyl zu funktionalisieren, Kirchenbesetzungen mit politischem Druck auf die Kirchenleitungen zu verbinden, um diese zu einer "freiwilligen" Verlängerung des Kirchenasyls zu zwingen.

### Für eine eigenständige Strategie:

Zukünftige Unterstützung von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen muß sich politisch und organisatorisch aus der christlich-humanitären Schiene der "Flüchtlingsräte" lösen und an deren Stelle in erster Linie auf die Mobilisierung von Teilen der Bevölkerung orientieren.

Hierbei ist es notwendig, nicht auf das Kirchenasyl zu orientieren, sondern in eigenständiger Weise die Unterbringung von Flüchtlingen durch die Bevöl-



kerung miteinzubeziehen. Das Kirchenasyl ist im Grunde die schlechteste Situation, aus der heraus die Flüchtlinge eine eigene, selbstbestimmte Handlungsfähigkeit in der Regel nicht mehr entwickeln können.

Daneben müssen wir den Kampf für die Verhinderung bzw. langfristig die Wiederauflösung der Massenunterkünfte und Ghettos aufnehmen - **Forderungen** an Kommunen, Kirchengemeinden und Behörden sind zu entwickeln, die den **Bau von menschenwürdigen Unterkünften** in überschaubaren Größenordnungen in den Wohngebieten anstreben.

Insgesamt muß die **juristische Unterstützung** der Flüchtlinge verbessert werden - z.B. wird ein beträchtlicher Teil der Asylansprüche u.a. mit der Begründung abgelehnt, der/die AsylbewerberIn sei zu der Verhandlung nicht persönlich erschienen, habe also gar kein Interesse an Asyl deutlich gemacht.

Vieles liegt mehr als deutlich im Argen. Anzustreben sind Konferenzen, auf denen die Erfahrungen auf breiterer Ebene ausgetauscht und neue Konzepte entwickelt werden.

Die obigen Überlegungen sollen hierzu als Anregung dienen.

## ANZEIGE

**AFRO  
LATIN  
MUSIC PUB**

Café  
Cuba

Westbahnhof 1 (S-Bhf.) Essen A430 E-Hobeisenbr. ☎ 0201/708884

**Essen & Trinken & jede Menge:  
Salsa, Samba & Afro-Musik**

*Comida & Bebida & Cantidad de:  
Salsa, Samba, Merengue & Cumbias*



## Die DVU und die Deutsche National Zeitung

Die rechtsradikale Verseuchung unserer Umwelt nimmt immer bizarrere Formen an. Nicht nur, daß es immer mehr Menschen bevorzugen, ihren Feierabend vor Asylbewerberheimen, mit einem Cocktail in der Hand zu verbringen, sondern sie ist auch in zunehmendem Maße in unserem Blätterwald zu bemerken. Vor ungefähr einem Jahr entdeckte ich im Kiosk der Herner "Globus"-Filiale die "Deutsche National Zeitung". Schon das Layout der ersten Seite stach mir ins Auge und ließ Rückschlüsse auf ihren ideologischen Hintergrund zu. In dem Logo der "Deutschen National Zeitung"

steht zwischen "National" und "Zeitung" das deutsche Ritterkreuz. Unterhalb und überhalb des Logos entdeckte ich antisemitische, rassistische und propagandistische Aussagen, die auf Texte im Innenteil verweisen. Nach dem Studium mehrerer Ausgaben der "Deutsche National Zeitung" bildeten sich für mich drei Schwerpunkte der Zeitung heraus: Die Ausschütlüge, mit allen ihren Nebenläufern, bis hin zu Unverständnisklärungen über die "Geld-

verschwendung für Gedenktafeln". Das zweite Schwerpunktthema ist die "Deutsche Ostpolitik" und Kohls Verfehlungen. Schließlich wettet die "Deutsche National Zeitung" gegen alle Asylbewerber, wobei sie vor "Asylan-ten" immer wieder das Wort "Schein-" schiebt, Asylbewerber und andere Ausländer werden natürlich zu kriminellen Subjekten in der Gesellschaft diffamiert.

Die DNZ, die sich selbst als freiheitlich, unabhängig, überparteilich bezeichnet, wird von dem Münchener Ver-

leger Gerhard Frey verlegt. Zugleich ist Frey aber auch der Bundesvorsitzende der Deutschen-Volks-Union. So wundert es auch nicht, daß die gesamte Zeitung gespickt ist mit DVU-getreuen Aussagen. Die gut 25000 Mitglieder zählende DVU<sup>1)</sup> hat ihren bisher größten Erfolg bei der letzten Wahl zur Bremer Bürgerschaft errungen. Sie bekam 6,2% und zog mit sechs Abgeordneten in Fraktionsstärke in die Bürgerschaft ein. Im Verlauf des Wahlkampfes wurde Gerhard Frey Junior, der Sohn Gerhard Frey Seniors, von linken Kräften zusammengeschlagen! Der Mün-

chener Verleger nutzte diesen Vorfall gleich propagandistisch in einer der Ausgaben aus, um wieder einmal gegen das "linke Pack" zu agitieren. Schon vor der Wahl hatte die DVU einen Sitz in der Bremer Bürgerschaft inne, dort saß der pensionierte Schiffsingenieur Hans Altermann. Die fünf neuen Sitze brachten die DVU ganz schön ins Schleudern, denn der Bremer DVU-Landesverband ist nur spärlich besetzt, so daß neben drei, im Eilverfahren zu



Gerhard Frey sen.: "Gegengewicht zur Meinungsindustrie"

Funktionären beförderten DVU-Mitgliedern auch noch zwei Präsidiumsmitglieder der NPD zu DVU-Abgeordneten ernannt wurden.

Ferner darf man auf die Wahlergebnisse der nächsten Landtagswahl in Schleswig-Holstein gespannt sein.

In ihrer Ausgabe vom 31. Januar warb die NPD, die im Verbund mit der DVU steht, um Unterschriften zur Zulassung zur nächsten Wahl in Baden-Württemberg am 5. April. Das Prinzip der DVU-

1)Angaben aus: Spiegel  
Nr.41/7.Oktober 1991

Agitation ist einfach und gefährlich, da es mit Vereinfachungen und übertriebenen Fehlansagen zur politischen Lage arbeitet. So wird die Lage Deutschlands in der Ausgabe vom 31. Januar wie folgt beschrieben:

*"-Von oben her wird Deutschland bedingungslos den EG-Bonzen unterworfen."*

*"-Von unten her erfolgt eine geschichtlich beispiellose Überfremdung durch Scheinasylanten und Millionen anderer fremder Zuwanderer".*

Auf der nächsten Seite lesen wir: "Asylbewerber statt Oktoberfest?". Die Stadt München hat sich, aus Mangel an Unterbringungsmöglichkeiten, entschlossen, auf den Theresienwiesen vorübergehend 40 Wohncontainer aufzustellen, um dort Asylbewerbern eine provisorische Bleibe zu geben. Die DNZ wettet in dem Artikel selbstverständlich gegen dieses Containerdorf und stellt allen Ernstes die Frage, ob das Oktoberfest ausfallen müsse, nur weil ein paar "Scheinasylanten" nicht abgeschoben werden könnten. Im weiteren malt der Artikel ein Schreckensszenario aus, so wird die Frage gestellt, was denn passiere, wenn alle Unterbringungsmöglichkeiten ausgeschöpft seien, käme es dann zu Einweisungen in Privatwohnungen? Der Verfasser leitet daraus auch die Forderung ab, "Asylantenheime" nur noch an die Grenze

Deutschlands zu verlegen, um abgelehnte Asylbewerber direkt abzuschieben.

In einem weiteren Artikel der Ausgabe vom 31. Januar '92, wird berichtet, daß "80% der jungen Räuber Ausländer" seien. Angeblich soll auf einer nicht-öffentlichen Sitzung der Ausschüsse für Soziales und Schulen im Frankfurter Stadtparlament diese Zahl genannt worden sein. In der nächsten Ausgabe

vom 7. Februar findet sich jedoch ein interessanter Gegensatz. In diesem Artikel geht man davon aus, daß "nur" 57,1% der Straftaten von ausländischen Jugendlichen verübt werden. Diese Angaben seien der Bilanz des Frankfurter Amtsgerichts entnommen. Mir kommt es so vor, als stimme hier etwas nicht, wie sonst kann man von ein und demselben ausgehen, wenn die beiden Angaben um 22,9% differieren? Es liegt die Vermutung nahe, daß die 80% Ausländerkriminalität aus Propaganda-

gründen eine hochgepuschte Phantasiezahl ist. Natürlich wird in keiner der Ausgaben über "den kriminellen Deutschen" berichtet, stattdessen wird von "dem" bösen, das deutsche Blut überfremdende und kriminelle Element "des Ausländers" in diffamierender denunzierender Art und Weise gesprochen. Dies ist ganz klar faschistisch.

Jedoch nicht nur gegen die Ausländer und Asylbewerber wettet das Blatt, sondern auch gegen die EG- und Ostpolitik des Bundeskanzlers Kohl und der Bundesregierung zieht das Blatt zu Felde. So lesen wir in der Ausgabe vom 31. Januar von dem "Irrsinn der Bonner Politik". In dem Artikel hält es der

Verfasser, ein gewisser v. Bebenburg, für, milde gesagt, falsch, daß die Bundesregierung bei dem EG-Gipfel in Maastricht zustimmte, daß Spanien, Portugal, Italien und Irland ab 1993 mehr Geld

aus der EG-Kasse bekommen sollen. Und wieder entdecken wir das Element der übertriebenen Zuspitzung. V. Bebenburg meint, daß der Kapitaltransfer, den Deutschland 1993 an die EG leisten müsse, bei weitem größer sei, als der in die fünf neuen Bundesländer. Ferner erklärt er die erhöhte Hilfe für die genannten Staaten nicht nur wegen der ohnehin belasteten Staatskasse durch

### Ein Professor steckt an



***„Fr“ ist das Symbol für das künstliche radioaktive Element Francium. Auf diesem Anstecker jedoch soll „Fr“ den Spruch „Der Fremde, mein Freund“ versinnbildlichen. Geschaffen wurde die Bekenntnis-scheibe mit Sicherheitsnadel von einem leibhaftigen Professor namens Martin Botsch für Aktionen einer Großen Koalition aus SPD, CDU, FDP und Grünen in Lübeck. Daß es ebenso blödsinnig ist, alle Ausländer (unter ihnen hochanständige Menschen) zu Feinden zu erklären wie alle Fremden (unter ihnen Massenmörder, Rauschgiftkäufer und Lumpen aller Art) zu Freunden – zu dieser Erkenntnis kann sich der professorale Anstecker nicht durchringen!***

Eine Kostprobe der verdrehten Berichterstattung, entnommen der Ausgabe vom 14. Februar

die fünf neuen Bundesländer für Unfug, sondern er weist auch daraufhin, daß nicht nur Jugoslawien und die ehemalige UdSSR im Zerfall begriffen sind, sondern daß man auch im Baskenland, in der italienischen Lombardei und in Nordirland mit Separatistenbewegungen zu rechnen habe. Der Verfasser hält deshalb die forcierte Hilfe für die genannten Länder für unverantwortlich und nennt den Bundeskanzler den "Oggersheimer Wolken tänzer".

In der Ausgabe vom 31. Januar wirft der Autor des Artikels "Bonn unterwirft sich Prag" der deutschen Außenpolitik eine "antideutsche" Vorgehensweise vor, da die Regierung unfähig sei, "deutsche Forderungen" an die CSFR zu richten.

In der Ausgabe vom 7. Februar darf dann auch mal Frey Junior den Griffel gegen die Bundesregierung schwingen, natürlich mit Papas Erlaubnis. Der Junior wirft "Bonn Unfähigkeit, sudetendeutsche Rechte zu vertreten" vor. "Genscher und sein Umfeld" ließen sich in der Frage des Eigentums ehemals sudetendeutscher Grundstücke und Gebäude mit "beleidigend dummen Erklärungen abspeisen". (Na, dafür hat der Junior doch einen Nachtisch mehr verdient. Toll, Junior, weiter so.)

In der Ausgabe vom 14. Februar 1992 prangert das Blatt die Sudetendeutschenpolitik auf der Prager Burg an. Die Regierung der CSFR hat die ehemals verstaatlichten Eigentümer von Sudetendeutschen zur Versteigerung freigeben, leider dürfen die ehemals deutschen Besitzer ihre ehemaligen Besitze nicht zurückersteigern, sondern nur Bürger der CSFR. Dies kann das "deutsche Blatt" natürlich nicht durchgehen lassen. Am 28. Februar will Kanzler Kohl den deutsch-tschechischen Freundschaftsvertrag unterzeichnen. "Das Recht" wöhnt das Blatt auf seiner Seite, mit dem Argument, daß schon seit dem 12. Jahrhundert Deutsche in Böhmen gelebt hätten.

Besonders interessant ist auch, wie sich die "Deutsche National Zeitung" mit Auschwitz bzw. mit "dessen Lüge" auseinandersetzt. So wird die Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth als "die schrecklichste Erscheinung der deutschen Politik" auf der Coverseite der Ausgabe vom 7. Februar diffamiert, weil sie, anlässlich der Wannseekon-

ferenz vor 50 Jahren, eine Ausstellung in der Villa am Wannsee eröffnete.

Ich wollte keine Analyse der Deutschen National Zeitung leisten, sondern den Versuch wagen, in ein Metier vorzustoßen, das sich dem Verständnis des rational Denkenden entzieht. Man darf sich jedoch nicht dazu verleiten lassen, die Rechte und ihre Organe, wie eben die "Deutsche National Zeitung", als einen Haufen unbedeutender und auf der politische Bühne unwichtiger Charoten, die alle einem Führer hinterherrennen, abzutun. Der DVU wurde noch am Anfang des Jahres 1990 vom Verfassungsschutz die fast völlige Inaktivität bescheinigt, und dennoch ist sie in die Bremer Bürgerschaft mit 6,2% eingezogen. Wie man sieht, ist die Rechte und vor allem ihr Wählerpotential sehr launisch und unberechenbar und allein schon daher mehr "wert" als die Abqualifizierung durch Pauschalurteile. Zwar hat die DVU "nur" eine Stärke von 25000 Mitgliedern, jedoch wird ihr Organ in siebzigtausendfacher Ausfertigung auf den Markt geworfen, bedenkt man dabei noch, daß jede Zeitung von ungefähr fünf Menschen gelesen wird, so kommt man auf ca. 350000 Leser, und das jede Woche. Gespannt dürfen wir auf die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein blicken.

## Anzeige



**CILA**  
CAFÉ IM LANGEN AUGUST



Mo-Fr 10-22 Uhr  
So 10-19 Uhr

Braunschweiger Str.22/Nordmarkt  
46 Dortmund 1 · Telefon 83 01 47

## ANTIFASCHISTISCHES AKTIONSWOCHENENDE IN LEIPZIG AM 21. MÄRZ 1992

### Bundesweiter Faschistenaufmarsch als "Anti-Drogen-Demo"

Am 21.3.1992 soll - wieder einmal - ein "rechtes Bündnis aller nationaldenkenden Kräfte" in erschreckender Menge auf die Straße geschickt werden.

Die hier in Leipzig für den 21. März angekündigte Demonstration steht unter dem Deckmantel einer sogenannten "Anti-Drogen-Demonstration".

Die Drahtzieher sind allbekannt:

Es handelt sich um bundesweit führende Nazigrößen unter Führung des bekannten **Christian Worch**. Dieser Worch hat die Demonstration, wie zuletzt am 9. November in Halle, durch einen sogenannten "NPD-Funktionär", **Thomas Dienel** aus Weimar, hier in Leipzig anmelden lassen.

Den Leipziger AntifaschistInnen liegen **sichere Informationen** vor, daß der Aufmarsch am 21. März dazu dient, die Stadt "frei von Ausländern und Linken" zu machen.

**Die Leipziger und Hallenser AntifaschistInnen haben sich entschlossen, den Faschistenaufmarsch mit allen Mitteln zu bekämpfen.** Zum einen durch

- mobilen Einsatz diverser kleinerer Gruppen, die operativ Faschistenansammlungen unmöglich machen. Zum anderen durch
- eine offensive Demo für antifaschistische Selbstbestimmung.

INFO - TELEFON: JEDEN MONTAG, 17.00 - 20.00 UHR  
LEIPZIG 311044.

### ANZEIGE

# Attatrol

Buchladen GmbH

- Papierwaren •
- Postkarten •
- Bücher •

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00



• Herner Str./Ecke Paulusstr. •  
• 4350 Recklinghausen •  
• Tel. 02361-17002 •